



2. Sitzung Gemeinderat (2010-2014) – Doppelsitzung

Datum, Zeit:	Montag, 5. Juli 2010, 19.00 Uhr
Ort:	Saal Katholisches Pfarreizentrum Leepünt
Vorsitz:	Patric Crivelli (SVP), Gemeinderatspräsident
Anwesend:	37 Ratsmitglieder
Entschuldigt abwesend:	Oliver Kost (SVP) Andrea Kuhn (CVP) Patrick Mosimann (SVP)
Protokoll:	Marcel Amhof, Gemeinderatssekretär
Stimmzähler:	Jacqueline Hofer: Bereich SVP Barbara Schori: Bereich Mitte inkl. Bürotisch Benedikt Stockmann: Bereich GEU/glp und SP/Juso/GP
Weibeldienst:	Leopoldo Putorti

Geschäfte

1. Mitteilungen
2. Protokollabnahmen
 - 2.1. Protokoll der 29. Sitzung vom 12.04.2010
 - 2.2. Protokoll der 1. Sitzung vom 10.05.2010
3. Interpellation Andrea Kennel (SP) „Alters- und Spitexzentrum Dübendorf“ / Begründung Geschäft Nr. 1/2010
4. Wahlen für die Amtsdauer 2010-2014
 - 4.1. Wahl von 4 Mitgliedern der Sozialbehörde
 - 4.2. Wahl von 6 Mitgliedern der Jugendkommission
 - 4.3. Wahl von 90 Mitgliedern des Wahlbüros
5. ARA Neugut Dübendorf; Umwandlung Zweckverband in eine Interkommunale Anstalt / Genehmigung Gründungsvertrag Geschäft Nr. 276/2010
6. Verordnung über die Abfallwirtschaft (Abfallverordnung) / Genehmigung Geschäft Nr. 282/2010
7. Rahmenkredit von Fr. 1'080'000 für Investitionen im Bereich Abfall / Genehmigung Geschäft Nr. 283/2010
8. Jahresrechnung 2009 der Stadt Dübendorf / Genehmigung Geschäft Nr. 285/2010

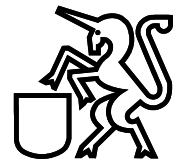


9. Geschäftsbericht 2009 der Stadt Dübendorf / Genehmigung
Geschäft Nr. 284/2010
10. Neun Bürgerrechtsgesuche
- 10.1. Kavakli Hasim und die Kinder Ayse, Ibrahim, Ömer und Fadime Nur, türkische Staatsangehörige, Glärnischweg 4, 8604 Volketswil
Geschäft Nr. 227/2009
- 10.2. Jasiqi Sami und das Kind Arbnora, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige, Heugaterstrasse 22a, Dübendorf
Geschäft Nr. 263/2009
- 10.3. Ivankovic Ruza geb. Bojanic und das Kind Maijana, kroatische Staatsangehörige, Überlandstrasse 245, Dübendorf
Geschäft Nr. 270/2009
- 10.4. Rasiah Velniruparajah sowie die Kinder Sherome und Sherani, srilankische Staatsangehörige, Zürichstrasse 51, Dübendorf
Geschäft Nr. 271/2009
- 10.5. Paroti Giuseppe, italienischer Staatsangehöriger, Bühlwiesenstrasse 7, Dübendorf
Geschäft Nr. 274/2009
- 10.6. Saliu Fisnik, mazedonischer Staatsangehöriger, Hallenstrasse 4, Dübendorf
Geschäft Nr. 278/2009
- 10.7. Radmanovac Zivko, serbisch-montenegrinischer Staatsangehöriger, Untere Zelglistrasse 26, Dübendorf
Geschäft Nr. 281/2010
- 10.8. Berisha Fehmi und Merita geb. Delijaj sowie die Kinder Erand und Endrit, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige, Im Unterried 4, Dübendorf
- 10.9. Kalikji Arbresha geb. Bilali, mazedonische Staatsangehörige, Zürichstrasse 127, Dübendorf
Geschäft Nr. 288/2010

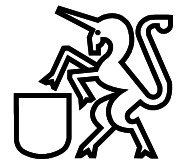
1. Mitteilungen

Mitteilungen des Ratspräsidenten:

- Am 12. Mai ist Ursula Allemann verstorben. Ursula Allemann war von 1986 bis 1994 Mitglied des Gemeinderates und im Amtsjahr 1990/91 Präsidentin des Gemeinderates. Die Anwesenden erheben sich im Andenken an Ursula Allemann.
- Neue Geschäfte seit der letzten Gemeinderatssitzung
 - 2 Sachgeschäfte, werden der GRPK zur Vorberatung und Antragsstellung zugeteilt.
 - 1 Schriftliche Anfrage, welche dem Stadtrat zur Beantwortung zugestellt wurde.
- Das Büro des Gemeinderates entscheidet an der Sitzung vom 16. August, ob die nächste Gemeinderatssitzung am 6. September oder am 4. Oktober stattfinden wird.
- Der Gemeinderatsausflug findet am Freitag, 1. Oktober 2010 ab ca. 13 Uhr statt.
- Folgende zusätzlichen Antworten zu Fragen aus der Fragestunde vom 12. April 2010 wurden eingereicht:
 - Frage 6 (Stefanie Huber) zum Thema Kontrollen Einhaltung Bauvorschriften
Wie wird in Dübendorf die Einhaltung der verschiedenen Vorschriften kontrolliert? Werden regelmässig Stichproben gemacht, z.B. auf den Baustellen? Werden die Gebäude am Schluss von Fachpersonen abgenommen? Sind dem Stadtrat Fälle bekannt, wo nachgebessert werden musste? Wie viele sind dies durchschnittlich pro Jahr?



- Baukontrollen nimmt die Firma Gossweiler Ingenieure AG vor (Hauptansprechperson: Ivan Bettera). Das Unternehmen ist zertifiziert (ISO). Stellvertretungen etc. sind somit optimal geregelt. Nach „üblicher Praxis von Zürcher Gemeinden“ sind die zum Einsatz gelangenden Personen ausgewiesene Fachleute. Baukontrollen finden de facto bei jedem Bauvorhaben statt. Minimum ist in aller Regel eine Meldung des Bauherrn, dass das Vorhaben abgeschlossen ist und kontrolliert werden kann. Manchmal (z. B. Kontrolle eines Vordachs) findet eine rein visuelle Kontrolle von aussen statt. Dies ‚merken‘ die Bauherrschaften dann jeweils gar nicht. Bei normalen Vorhaben werden standardmässig kontrolliert und auch dokumentiert (quasi als Minimum): Aussteckung, Schnurgerüst, Rohbau, fallweise Zwischenkontrollen, Bezug, Schlussabnahme. Diese Kontrollen umfassen z.B. auch die Energiegesetzgebung (vgl. private Kontrolle). Zusätzlich nimmt das AWEL dort periodisch Stichproben vor (in unserem Fall durch Ing. Achtnich, Volketswil. Ebenso wird das USG (vgl. Umweltbaubegleitung bei Grossvorhaben) kontrolliert. Auf Anzeige (vgl. Lärm, Staub) werden wir natürlich immer aktiv. Ivan Bettera kontrolliert dann vor Ort und wir machen auf das Problem (z.B. Verkehrsführung Bereuter im Gfenn) aufmerksam. Manchmal können wir mangels Zuständigkeit (z.B. Sicherheit Geländer) nur indirekt aktiv werden (z.B. SUVA). Auch hier steht der Weg via Verfügung oder Baustopp (vgl. z.B. der Dir bekannte Fall des Dr. Bachmann mit der Sichtschutzmauer oder BORA in Stettbach) offen. Statistik führen wir aus Aufwandüberlegungen in diesem Zusammenhang nicht. Oft führen Kontrollen zur Erkenntnis, dass z.B. etwas noch fehlt resp. etwas anders ausgeführt wurde als bewilligt. In „leichten len“ führt dies zu einem Brief (was ist zu tun, bis wann), oder zu einer Verfügung (mit Fristansetzung, Rechtsmittel, allenfalls mit Kosten) oder gar zu einer Projektänderung im ordentlichen Verfahren (wenn die Abweichungen ganz massiv sind)...oder gar (vgl. Stettbach Bora) zu einem Baustopp. Abgeschlossen werden können natürlich nur korrekt ausgeführte Bauvorhaben (insb. auch was Wärmedämmung und Energiefragen angeht). Schätzungsweise bei einem Zehntel ist aufgrund der eingereichten Unterlagen und aufgrund der Feststellung, dass ‚etwas nicht stimmt‘ von einem Mehraufwand auszugehen, der den üblichen Rahmen übersteigt.
- Frage 8 (Erika Attinger) zum Thema Biodiversität bzw. Massnahmen der Stadt Dübendorf
Welche Abteilungen in der Stadt Dübendorf engagieren sich diesbezüglich?
 - Die Natur- und Heimatschutzkommission; die Abteilungen Planung und Tiefbau, mit laufenden Projekten und mit konkreten Einzelmassnahmen. Inventar Mauersegler und Mehlschwalben; Ergänzung & Neupflanzung der Obstbaumbestände im Werlen und im Geeren, Naturwoche für die Mittel- und Oberstufenschulklassen; usw.).Welche Unterstützung wird Vereinen/Schulklassen angeboten, die sich innerhalb der Gemeinde mit Spezialaktionen im Jahr 2010 für dieses Thema engagieren?
 - Beratung und evtl. logistische Unterstützung.Welche Unterstützung wird Privatpersonen geboten, die sich in ihrem Umfeld für dieses Thema einsetzen?
 - Beratung und evtl. logistische Unterstützung.
- Frage 12 (Thomas Maier) zum Thema Tage der Sonne
Was kann die Stadt Dübendorf respektive eigentlich die Glattwerke AG ganz konkret als Leistungsausweis für die Förderung von Sonnenkollektoren und Photovoltaik ausweisen? Wie viele Franken mit wie vielen zusätzlichen Modulen wurden in den letzten fünf Jahren für den Ausbau der eigentlichen Solarstrombörse investiert?
 - Die Glattwerk AG hat 3 Photovoltaikanlagen. In den letzten 5 Jahren wurden keine neuen Anlagen gebaut, da die Nachfrage für Solarstrom gedeckt werden kann. Zur Nutzung erneuerbarer Energie gibt die Glattwerk AG Förderbeiträge für Wärmepumpenanlagen mit Erdsonden und Warmwasserkollektoren. Photovoltaikanlagen werden durch die KEV (kostendeckende Einspeisungsvergütung) Abgabe unterstützt, sind dadurch auch für Private in-



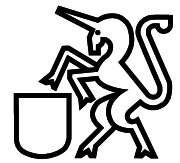
teressant und müssen nicht noch zusätzlich subventioniert werden. Schliesslich macht die Glattwerk AG Energieberatung für alle Anwendungen von Elektrisch und Gas.

Persönliche Erklärung Peter Schuppisser (SP):

„Am Tag nach der letzten Gemeinderatssitzung haben die Medien einhellig mit Unverständnis auf die Nichtwahl von Patrick Angele zum Gemeinderatspräsidenten reagiert. Ich zitiere einen Ausschnitt aus dem Tageskommentar von Ivan Santoro auf Radio 1: ‚In Dübendorf kommt es zu einem politischen Eklat. Der 23-jährige SP-Gemeinderat Patrick Angele soll turnusgemäss zum Gemeinderatspräsidenten gewählt werden. Die Wahl wird verweigert. Grund: Er ist GSoA-Mitglied. Das gehe nicht in der Militär- und Garnisonsstadt Dübendorf, sind SVP und FDP der Meinung. Sonst werde die Stadt Dübendorf zur Lachnummer. Das ist sie jetzt geworden genau mit diesem Entscheid. Dass heute im Grossraum Zürich eine Nichtwahl wegen GSoA-Mitgliedschaft noch möglich sein kann, ist antiquiert, ja peinlich. Garnisonsstadt Dübendorf: lächerlich! Denn auch diese Stadt mit ihren knapp 24'000 Einwohnern hat andere Probleme als von alten Zeiten zu träumen. Nur das Parlament von Dübendorf hat das irgendwie noch nicht begriffen.‘ Liebe Garnisonsstädterinnen und Garnisonsstädter. Es ist nicht das erste Mal, dass Dübendorf wegen politisch kurzsichtigen Entscheiden der bürgerlichen Ratsmehrheit zur Lachnummer wird. 2007 hat sich der Dübendorfer Rat eine Schildbürgernummer geleistet, die weit über die Landesgrenzen hinweg Unverständnis ausgelöst hat. Beim Geschäft 80/2007 hat die bürgerliche Mehrheit in diesem Rat gegen die Einbürgerung einer Professorenfamilie aus Deutschland votiert. Grund für die Ablehnung: mangelnde Deutschkenntnisse. Befremdend ist, dass sich an der letzten Gemeinderatssitzung alle bürgerlichen Parteien hinter das doch sehr persönlich gefärbte Politmobbing von Orlando Wyss gestellt haben, ganz ohne selber ein Votum, ein Grund für diesen krassen Verstoss gegen die Konkordanz und die demokratischen Traditionen vorzubringen. Ich selber habe ein Alter erreicht, das mir erlaubt, mich primär mit kreativen, konstruktiven Projekten zu beschäftigen. Ich werde im Anschluss an die heutige Gemeinderatssitzung beim Bezirksrat ein Rücktrittsgesuch einreichen. Mein Rücktritt aus Altersgründen schafft Platz für einen neuen jungen Gemeinderat. Hoffentlich mit ähnlich viel Biss und politischem Talent wie Patrick Angele.“

CVP-Fraktionserklärung Barbara Schori (CVP):

„Nach Meinung der CVP muss das Zentrum von Dübendorf aufgewertet werden. Das Leepünt-Areal spielt dabei eine zentrale Rolle. Dieses grosse Gebiet mit viel Potential gehört der Stadt und wird seit Jahren nicht wirtschaftlich genutzt. In der Vergangenheit sind verschiedene Projekte gescheitert. Die Politik hat es nicht geschafft, die Entwicklung voranzutreiben. Vor diesem Hintergrund hat die letzte Parteiversammlung der CVP Dübendorf beschlossen, aktiv zu werden. Wir wollen nicht die Entwicklung des Gebiets gefährden, indem wir im stillen Kämmerlein selber an Projekten herumbrüten, die dann von Beginn weg von links und rechts beschossen werden und damit weiterhin zum Stillstand führen. Als Volkspartei wollen wir zuerst den Grundauftrag der Bevölkerung erkennen. Dazu haben wir eine offene Unterschriftensammlung gestartet, die weder eine Initiative noch eine andere offizielle politische Form darstellt. Es geht also nicht um ein konkretes Projekt, sondern um die Wiederaufnahme der Planung zum Beispiel im Rahmen eines Architekturwettbewerbs oder eines Masterplans für die Entwicklung des Zentrums. Wir sehen eher eine wirtschaftliche Nutzung und könnten uns gut vorstellen, dass bereits diskutierte Ideen wieder aktiviert werden. Auch wäre abzuklären, wie viel zusätzlichen Raumbedarf die Stadt hat. Dabei muss auf jeden Fall für die bestehenden Nutzungen eine unterbruchlose Ersatzlösung sichergestellt werden. Wir sind gespannt, wie unser Ansinnen in der Bevölkerung ankommt und hoffen, durch unseren Anstoss in dieser Legislatur einen bedeutenden Schritt weiter zu kommen.“



2. Protokollabnahmen

2.1. Protokoll der 29. Sitzung vom 12.04.2010

Zwei Korrekturen von Sicherheitsvorstand André Ingold zu seinen Antworten in der Fragestunde:
Antwort auf Frage 4 von Steven Sommer zur Parkraumbewirtschaftung neu: „Bis heute wurde ein Massnahme umgesetzt. Andere Massnahmen sind aufgrund der Aktualitäten noch keine umgesetzt worden. Bis ca. Mitte Jahr wird nun die Parkplatzverordnung und die Gratisparkzeit angepasst. Anschliessend wird die Weisse Zone bis ca. Ende Jahr 2010 umgesetzt. Allfällig benötigte Parkuhren werden nur aufgestellt, wenn Sie auch im Finanzplan vorgesehen sind.“

Antwort auf Frage 5 von Pia Etter zum Eröffnungsfest Glattalbahnhof ergänzt: „Die vom Stadtrat als Kostendach bewilligten 100'000 Franken sind für die Infrastrukturbauten der Vereine vorgesehen. So können die Vereine am Fest teilnehmen, ohne dass sie ein finanzielles Risiko tragen müssen. So profitieren die Vereine von einer grossen Publikumsplattform und können auch selber noch etwas in die Kasse erwirtschaften. Wenn es den Vereinen gut geht kann die Bevölkerung von Dübendorf auch indirekt profitieren. Mittelfristig werde auch die gesamte Bevölkerung von der Glattalbahnhof profitieren können.“

Gegen das erwähnte Protokoll sind beim Präsidenten des Gemeinderates keine weiteren Berichtigungsanträge eingegangen. Es ist somit in Anwendung von Art. 58 der Geschäftsordnung genehmigt.

2.2. Protokoll der 1. Sitzung vom 10.05.2010

Gegen das erwähnte Protokoll sind beim Präsidenten des Gemeinderates keine Berichtigungsanträge eingegangen. Es ist somit in Anwendung von Art. 58 der Geschäftsordnung genehmigt.

3. Interpellation Andrea Kennel (SP) „Alters- und Spitexzentrum Dübendorf“ / Begründung Geschäft Nr. 1/2010

Andrea Kennel (SP) begründet die Interpellation:

„Was meinen Sie, wird wohl die Planung des neuen Alters- und Spitexzentrums fertig, bevor Sie pensioniert werden? Es ist ja schon erstaunlich, wie lange sich der Stadtrat mit der Planung für dieses Projekt Zeit lässt. Obwohl uns in der Weisung eine Abstimmung innert 1,5 Jahren versprochen wurde. Kurz die Hintergründe: Im Juni 2008 wurde dem Planungskredit für den Erneuerungsbau des Alters- und Spitexzentrums in der Volksabstimmung zugestimmt. In der Weisung wurde eine Abstimmung über den Erneuerungsbau im Herbst 2009 versprochen, was bekanntlich nicht statt gefunden hat. Das Geschäft hat sich ungewöhnlich lange verzögert, so dass auch heute noch keine Weisung für den Gemeinderat vorliegt. Gemäss Aussage des Stadtrates wurde das Geschäft bereits im Dezember 2008 dem Stadtrat übergeben. Dort ist es noch immer, also seit mehr als 18 Monaten. Hier läuft offensichtlich etwas, nicht ganz wie sonst üblich oder wie geplant. Die SP/Juso/GP-Fraktion ist klar der Meinung, dass der Stadtrat endlich informieren soll, wo die Probleme liegen. Weiter ist es uns ein Anliegen, dass der Stadtrat nicht nur über die Probleme informiert, sondern diese endlich auch löst. Es war ja verständlich, dass vor den Wahlen diesbezüglich Funkstille bestand, will doch niemand vor den Wahlen Probleme auftischen oder einen hohen Kredit beantragen. Nun ist es aber an der Zeit offen zu informieren. Daher bittet die SP den Stadtrat die gestellten Fragen zu beantworten und mit der Projektierung zügig vorwärts zu machen. Ich bin mir sicher, dass die Beantwortung unserer Fragen nicht nur für die SP sondern auch für andere Parteien und für die Bevölkerung von Interesse ist.“

Das Geschäft Nr. 1/2010 ist somit zur Beantwortung dem Stadtrat überwiesen.



4. Wahlen für die Amtsdauer 2010-2014

4.1. Wahl von 4 Mitgliedern der Sozialbehörde

Theo Johner (BDP) schlägt die folgenden vier Personen als Einheitsvorschlag der Interfraktionellen Konferenz zur Wahl vor:

Albrecht Caroline	BDP/EVP	Schulhausstrasse 5	8600 Dübendorf	neu
Gigli Cornelia	SVP	Im Zwinggarten 4	8600 Dübendorf	bisher
Klöckner Rosa	SP	Gumpisbühlstrasse 49	8600 Dübendorf	bisher
Zeier Regula	CVP	Raubühlstrasse 43	8600 Dübendorf	bisher

Die Vorschläge werden nicht vermehrt und nach Usanz in globo gewählt.

Wahlen:

Die vorgeschlagenen Personen werden mit 36 zu 0 Stimmen in die Sozialbehörde gewählt.

4.2. Wahl von 6 Mitgliedern der Jugendkommission

Theo Johner (BDP) schlägt die folgenden sechs Personen als Einheitsvorschlag der Interfraktionellen Konferenz zur Wahl vor:

Fenner Jana*	BDP/EVP	Untere Geerenstrasse 5	8600 Dübendorf	neu
Murer Robin*	SVP	Bungertweg 21	8600 Dübendorf	neu
Pauli Nadja	SP	Oberdorfstrasse 69	8600 Dübendorf	bisher
Schanz Lukas*	SVP	Sunnhaldenstrasse 26a	8600 Dübendorf	neu
Stadler Remo	CVP	Im Branzenäsch 4	8600 Dübendorf	bisher
Sutter Flavia	SP	Stettbachstrasse 66	8600 Dübendorf	bisher

*) Nach Art. 46 (Jugendkommission) der Gemeindeordnung müssen mindestens zwei Mitglieder der Jugendkommission bei ihrer Wahl nicht älter als 22 Jahre alt sein. Die markierten Kandidierenden erfüllen diese Voraussetzungen.

Die Vorschläge werden nicht vermehrt und nach Usanz in globo gewählt.

Wahlen:

Die vorgeschlagenen Personen werden mit 36 zu 0 Stimmen in die Jugendkommission gewählt.

4.3. Wahl von 93 Mitgliedern des Wahlbüros

Theo Johner (BDP) schlägt die folgenden 93 Personen als Einheitsvorschlag der Interfraktionellen Konferenz zur Wahl vor:

Bäumle Marianne	GEU/glp	Alte Gfennstrasse 8c	8600 Dübendorf	bisher
Brechbühl Markus	EDU	Saatwiesenstrasse 14	8600 Dübendorf	neu
Berchtold Corina	CVP	Hurdackerstrasse 34	8600 Dübendorf	bisher
Besmer Doris	FDP	Tödistrasse 20	8600 Dübendorf	neu
Bickel Elsbeth	GEU/glp	Im Weidgrund 8	8600 Dübendorf	bisher

Stadt Dübendorf

Protokoll Gemeinderat

Sitzung vom 5. Juli 2010



Bickel Wolf	GEU/glp	Im Weidgrund 8	8600 Dübendorf	bisher
Biggel Verena	FDP	Sunnhaldenstrasse 4	8600 Dübendorf	neu
Boesch Tanja	GEU/glp	Tödistrasse 5	8600 Dübendorf	neu
Boos Peter	GP	Im Winkel 6	8600 Dübendorf	bisher
Bosshard Werner	BDP	Alte Gfennstrasse 19	8600 Dübendorf	bisher
Brunner Irene	SVP	Alte Landstrasse 5a	8600 Dübendorf	bisher
Brunner Oskar	CVP	Birchlenstrasse 46	8600 Dübendorf	bisher
Burkhard Patrizia	SVP	Meiershofstrasse 32	8600 Dübendorf	bisher
Burkhardt Daniel jun.	SVP	Raubbühlstrasse 5b	8600 Dübendorf	neu
Drescher Regula	GEU/glp	Alte Gfennstrasse 64	8600 Dübendorf	neu
Dunst Beatrix	GEU/glp	Usterstrasse 62	8600 Dübendorf	bisher
Dunst Gabriela	GEU/glp	Usterstrasse 62	8600 Dübendorf	neu
Elsener Martin	CVP	Glärnischstrasse 20	8600 Dübendorf	bisher
Filli Trudi	CVP	Sonnenbergstrasse 30	8600 Dübendorf	bisher
Freuler Alexandra	SP	Fällandenstrasse 2	8600 Dübendorf	bisher
Fritschi Nolly	GEU/glp	Alpenstrasse 33	8600 Dübendorf	bisher
Fröhlich Elisabeth	SVP	Sunnhaldenstrasse 6c	8600 Dübendorf	neu
Geiger Simone	FDP	Am Gfenngraben 19	8600 Dübendorf	bisher
Germann René	SVP	Höglerstrasse 39	8600 Dübendorf	neu
Giger Heidi	SP	Wallisellenstrasse 26a	8600 Dübendorf	neu
Gull Edwin	BDP	Trübacker 4	8600 Dübendorf	bisher
Gyger Jacqueline	SVP	Neuhofstrasse 28	8600 Dübendorf	bisher
Halter Gisela	SVP	Eglishölzliweg 1	8600 Dübendorf	neu
Hänni Fabian	GEU/glp	Churfirstenstrasse 24	8600 Dübendorf	neu
Hänni Susanne	GEU/glp	Churfirstenstrasse 24	8600 Dübendorf	neu
Hartmann Emilia	BDP	Raubbühlstrasse 12	8600 Dübendorf	neu
Herter Esther	FDP	Alte Gfennstrasse 85	8600 Dübendorf	bisher
Herter Rudolf	FDP	Alte Gfennstrasse 85	8600 Dübendorf	bisher
Hess Beat	GP	Arkadenweg 6	8600 Dübendorf	neu
Honegger Jean-Claude	SVP	Gfennstrasse 12	8600 Dübendorf	bisher
Honegger Susanne	SVP	Gfennstrasse 12	8600 Dübendorf	bisher
Hunziker Eveline	GEU/glp	In der Fuchshütte 5	8600 Dübendorf	bisher
Ingold Andrea	SVP	Birchlenstrasse 25a	8600 Dübendorf	bisher
Kaiser Stefan	SVP	Ahornstrasse 22	8600 Dübendorf	bisher
Kanca Ida	CVP	Lindenstrasse 3	8600 Dübendorf	bisher
Keller-Ackermann Renata	GEU/glp	Wallisellenstrasse 20	8600 Dübendorf	bisher
Kleiner Roswitha	SVP	Am Gfenngraben 17	8600 Dübendorf	bisher
Kohler Kurt	SVP	Feldhofstrasse 6a	8600 Dübendorf	bisher
Kost Manuel	SVP	Untere Geerenstrasse 20c	8600 Dübendorf	bisher
Kost Oliver	SVP	Untere Geerenstrasse 20c	8600 Dübendorf	neu
Lanzendörfer Regula	SP	Meiershofstrasse 11	8600 Dübendorf	bisher
Meister Katarina	SP	Zürichstrasse 52	8600 Dübendorf	bisher
Metzler Monika	GEU/glp	Storchengasse 17	8600 Dübendorf	bisher
Meyer Eveline	SVP	Wilstrasse 77	8600 Dübendorf	neu
Mühlestein Ernst	SP	Wangenstrasse 16	8600 Dübendorf	bisher
Mundt Walter	SVP	Kasernenstrasse 4	8600 Dübendorf	bisher
Ott Peter	BDP	Claridenstrasse 24	8600 Dübendorf	bisher
Parpan Josef Anton	BDP	Usterstrasse 57	8600 Dübendorf	neu
Rechsteiner Roger	BDP	Meiershofstrasse 28a	8600 Dübendorf	neu

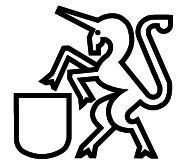


Ritter Doris	SVP	Obere Geerenstrasse 40c	8044 Gockhausen	bisher
Ritter Heinz	SVP	Obere Geerenstrasse 40c	8044 Gockhausen	bisher
Roßel Sarah Corina	SVP	Birchlenstrasse 25a	8600 Dübendorf	bisher
Schanz Lukas	SVP	Sunnhaldenstrasse 26a	8600 Dübendorf	neu
Schmid Hanspeter	BDP	Fällandenstrasse 15	8600 Dübendorf	neu
Schmid Rita	BDP	Fällandenstrasse 15	8600 Dübendorf	bisher
Schnider Daniel	SP	Wallisellenstrasse 26a	8600 Dübendorf	bisher
Schwegler Guido	SVP	Am Gfenngaben 17	8600 Dübendorf	neu
Schwyzler Inge	FDP	Sunnhaldenstrasse 24a	8600 Dübendorf	bisher
Senn Adrian	SP	Kasernenstrasse 1	8600 Dübendorf	bisher
Senn Andrea	SP	Kasernenstrasse 1	8600 Dübendorf	bisher
Senn Margrith	SP	Stägenbuckstrasse 8a	8600 Dübendorf	bisher
Signer Roger	FDP	Alte Gfennstrasse 9	8600 Dübendorf	neu
Stadler Armin	CVP	Im Branzenäsch 5	8600 Dübendorf	bisher
Stalder Katrin	EVP	Alte Gfennstrasse 64a	8600 Dübendorf	bisher
Steiner Doris	EVP	Oskar-Bider-Strasse 33a	8600 Dübendorf	bisher
Steiner Paul	SVP	Raubbühlstrasse 36	8600 Dübendorf	neu
Steiner Theres	SVP	Oskar-Biderstrasse 33a	8600 Dübendorf	bisher
Stettbacher Lilli	SVP	Alte Gfennstrasse 79	8600 Dübendorf	bisher
Stucky Rolf	GEU/glp	Meisenweg 10	8600 Dübendorf	neu
Stüdl Othmar	CVP	In der Weid 9	8600 Dübendorf	bisher
Stüssi Elisabeth	SP	Wilstrasse 61	8600 Dübendorf	bisher
Suter Monika	GP	Säntisstrasse 7	8600 Dübendorf	neu
Takacs Laszlo	CVP	Kunklerstrasse 26	8600 Dübendorf	bisher
Tanner Markus	GEU/glp	Untere Geerenstrasse 61	8044 Geeren	bisher
Thoma Brigitte	EDU	Kriesbachstrasse 61	8600 Dübendorf	bisher
Tschudi Thomas	BDP	Oberdorfstrasse 69c	8600 Dübendorf	neu
Tschumi Ernst	EVP	Untere Geerenstrasse 2	8600 Dübendorf	bisher
Vuilleumier Fernand	SP	Im Zwinggarten 23	8600 Dübendorf	bisher
Vuilleumier Karin	SP	Im Zwinggarten 23	8600 Dübendorf	bisher
Vuilleumier Romina	SP	Im Zwinggarten 23	8600 Dübendorf	neu
Wächter Signe	SP	Rehweg 16	8044 Gockhausen	bisher
Weder Albert	SVP	Eichackerstrasse 18	8600 Dübendorf	bisher
Weiss Severina	SVP	Eichackerstrasse 6b	8600 Dübendorf	neu
Wichser Michael	FDP	Raubbühlstrasse 36	8600 Dübendorf	bisher
Wirz Kurt	BDP	Meiershofstrasse 28	8600 Dübendorf	bisher
Wirz Ruth	BDP	Meiershofstrasse 28a	8600 Dübendorf	bisher
Wolf Othmar	BDP	Wilstrasse 2	8600 Dübendorf	bisher
Wyss Orlando	SVP	Untere Geerenstrasse 20b	8600 Dübendorf	bisher

Die Vorschläge werden nicht vermehrt und nach Usanz in globo gewählt.

Wahlen:

Die vorgeschlagenen Personen werden mit 36 zu 0 Stimmen in das Wahlbüro gewählt.



5. ARA Neugut Dübendorf; Umwandlung Zweckverband in eine Interkommunale Anstalt / Genehmigung Gründungsvertrag Geschäft Nr. 276/2010

Ratspräsident Patric Crivelli (SVP) erläutert das Vorgehen: In einer Eintretensdebatte wird zuerst Eintreten oder Nichteintreten beschlossen und bei Eintreten anschliessend die Detailberatung durchgeführt. In der Detailberatung wird über die einzelnen Artikel des Gründungsvertrages beraten. Alle Gemeinden des Zweckverbandes bzw. der neu zu gründenden Interkommunalen Anstalt stimmen im Einstimmigkeitsprinzip über den Gründungsvertrag ab. Der Gemeinderat kann deshalb den Gründungsvertrag genehmigen oder ablehnen, aber keine Änderungen am Vertrag beschliessen.

A. Eintretensdebatte

Stellungnahme GRPK Hans Baumann (SP):

„Die ARA Neugut, heute ein Zweckverband zwischen den Gemeinden Dübendorf, Dietlikon und Wangen-Brütisellen soll in eine gemeinsame Interkommunale Anstalt (IKA) umgewandelt werden. Die beteiligten Gemeinden müssen dem mit einer Volksabstimmung zustimmen. Mit dieser Abstimmung wird auch der Gründungsvertrag der IKA angenommen. Die Kantonsverfassung sieht seit dem 1.1.2006 neue Bestimmungen für Zweckverbände vor, das heisst die Statuten des heutigen Zweckverbandes müssten ohnehin angepasst werden. Dies möchten die Gemeinden für eine neue Rechtsform nutzen. Unter den drei Möglichkeiten, dem Verbleib in einem Zweckverband, der Umwandlung in eine IKA oder der Umwandlung in eine AG, wird die Umwandlung in eine IKA bevorzugt. Die rechtlichen Grundlagen der IKA wurden für solche Zwecke in der Kantonsverfassung verankert.

Die GRPK hat dieses Geschäft eingehend geprüft und dem SR ist eine Liste mit Fragen vorgelegt, die pünktlich und umfassend beantwortet wurden. Zudem hat der Gemeinderatssekretär gewisse Abklärungen gemacht. Die Weisung des Stadtrates entspricht weitgehend der Checkliste der GRPK. Die darin fehlenden Konsequenzen einer Ablehnung wurden durch die Beantwortung des Fragebogens ergänzt. Der nur in der Aktenaufgabe vorhandene Gründungsvertrag wurde auf Wunsch der GRPK noch an alle ihre Mitglieder und – so hoffe ich – auch an alle Gemeinderatsmitglieder verschickt. Auch für die Urnenabstimmung müssen die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger Kenntnis des Gründungsvertrags haben. Auf Wunsch der GRPK wurden vom Stadtrat auch die Entwürfe für das Organisationsreglement und das Anstellungsreglement der IKA ausgehändigt und von der GRPK geprüft. Noch nicht vorhanden war das Entschädigungsreglement für den Verwaltungsrat. Bei der Prüfung des zukünftigen Anstellungsreglements der IKA ist der GRPK aufgefallen, dass die letzten Änderungen der Anstellungs- und Besoldungsverordnung der Stadt Dübendorf (ABVO) nicht aufgenommen wurden, obwohl in der Weisung die ABVO des Dübendorfer Personals als Grundlage der Anstellungsbedingungen bezeichnet wird, auch wenn der Verwaltungsrat formal für dieses zuständig ist. Für die GRPK ist es deshalb nicht nachvollziehbar, warum die letzten vom Gemeinderat genehmigten Änderungen der ABVO nicht auch im Anstellungsreglement der IKA übernommen werden sollen. Dies betrifft unter anderem die fünfte Ferienwoche, aber auch die Übernahme der Hälfte der NBU-Prämien durch das Personal. Gemäss Aussagen des Stadtrates ist eine solche Anpassung an die neue ABVO auch nicht vorgesehen. Da die Kompetenz über die Anstellungsbedingungen im Gründungsvertrag klar beim Verwaltungsrat ist, kann aber die GRPK beziehungsweise der Gemeinderat hier nur eine Empfehlung abgeben, die Anstellungsbedingungen noch anzupassen. Der wichtigste Bestandteil des Gründungsvertrages ist die Kompetenzaufteilung zwischen Verwaltungsrat und Trägergemeinden. Finanzanträge fallen je nach Höhe in die Kompetenz des Verwaltungsrates, des Stadtrates oder weiterhin in die Kompetenz des Gemeinderates. Hier war zunächst aufgrund der Weisung nicht klar, ob bei Finanzanträgen, die gemäss Gründungsvertrag in der Kompetenz des Gemeinderates bleiben, weiterhin das Referendumsrecht bestehen bleibt. Der Stadtrat hat uns aber



bestätigt, dass das Referendumsrecht in diesen Fällen bestehen bleibt, wie dies in der Gemeindeordnung vorgesehen ist.

Die Umwandlung des Zweckverbands ARA Neugut in eine IKA würde aufgrund der Erläuterungen in der Weisung keine einschneidenden Veränderungen gegenüber dem heutigen Zustand mit sich bringen. Die Vorteile der IKA gegenüber dem Zweckverband sind die grössere betriebswirtschaftliche Autonomie, wie zum Beispiel die Möglichkeit weitere Aufträge anzunehmen, neue Zusammenarbeitsverträge abzuschliessen und einen Gewinn zu erwirtschaften, der wieder im Betrieb investiert werden kann. Geschäftsleitung und Verwaltungsrat können schneller und flexibler reagieren. Der Nachteil der grösseren betrieblichen Autonomie ist natürlich, dass die demokratischen Kontrolle und Transparenz durch die Gemeinden nicht mehr automatisch gegeben ist. Die Oberaufsicht der Gemeinden und auch des Kantons würde aber bestehen bleiben. Von den möglichen Alternativen Weiterführung als Zweckverband unter der neuen Gesetzgebung, Umwandlung in eine IKA oder Umwandlung in eine AG, scheint uns unter dem Regime der neuen kantonalen Bestimmungen die Umwandlung in eine IKA der gangbarste Weg zu sein. Die GRPK beantragt deshalb dem Gemeinderat Zustimmung zum Geschäft Nr. 276/2010. Die GRPK verbindet diesen Antrag mit der Empfehlung an den Stadtrat beziehungsweise den Verwaltungsrat der IKA Neugut, das Anstellungsreglement der IKA Neugut noch an die neuen Bestimmungen der ABVO Dübendorfs anzupassen.“

Kein Antrag auf Nichteintreten, Eintreten ist damit beschlossen.

B. Detailberatung (artikelweise)

Zu den einzelnen Abschnitten wird keine Diskussion verlangt.

Antrag GRPK:

1. Dem Gemeinderat wird beantragt, den Gründungsvertrag über die Interkommunale Anstalt ARA Neugut zu genehmigen. Mit der Gründung der Interkommunalen Anstalt wird der Zweckverband ARA Neugut Dübendorf aufgelöst. Die Aufgaben sowie alle Aktiven und Passiven des aufgelösten Zweckverbandes werden gemäss Gründungsvertrag an die Interkommunale Anstalt übertragen.
2. Der Vertrag tritt auf den 1. Januar 2011 in Kraft.
3. Die Vorlage ist der nächstmöglichen Urnenabstimmung zu unterbreiten.
4. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug.

C. Schlussabstimmung

Zustimmung zum Antrag der GRPK
Ablehnung des Antrages der GRPK

36 Stimmen
0 Stimmen

Beschluss:

Der Gemeinderat, in Kenntnis eines Antrages des Stadtrates vom 3. Dezember 2009 und vom 14. Januar 2010, gestützt auf Art. 29 Ziffer 1.3 und 4.2 der Gemeindeordnung vom 5. Juni 2005 beschliesst:

1. Der Gründungsvertrag über die Interkommunale Anstalt ARA Neugut wird genehmigt. Mit der Gründung der Interkommunalen Anstalt wird der Zweckverband ARA Neugut Dübendorf aufgelöst. Die Aufgaben sowie alle Aktiven und Passiven des aufgelösten Zweckverbandes werden gemäss Gründungsvertrag an die Interkommunale Anstalt übertragen.
2. Der Vertrag tritt auf den 1. Januar 2011 in Kraft.
3. Die Vorlage ist der nächstmöglichen Urnenabstimmung zu unterbreiten.
4. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug.



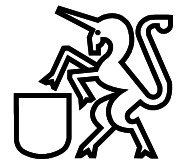
6. Verordnung über die Abfallwirtschaft (Abfallverordnung) / Genehmigung Geschäft Nr. 282/2010

Ratspräsident Patric Crivelli (SVP) erläutert das Vorgehen: In einer Eintretensdebatte wird zuerst Eintreten oder Nichteintreten beschlossen und bei Eintreten anschliessend die Detailberatung durchgeführt. Wenn in der Detailberatung zu den einzelnen Abschnitten der Abfallverordnung keine Anträge gestellt werden, gelten sie als genehmigt.

A. Eintretensdebatte

Stellungnahme GRPK Daniel Brühwiler (GEU/glp):

Die neue Verordnung über die Abfallwirtschaft habe in der GRPK eine längere Geschichte. Das Geschäft sei im September 2009 bei der Kommission eingegangen und wurde im Oktober und November in der GRPK behandelt. Dabei habe man mit einer Vertretung des Stadtrates eine Sitzung gehabt, worauf der Stadtrat das Geschäft zurückgezogen habe. Im Frühling sei das Geschäft in überarbeiteter Form wieder bei der GRPK eingegangen und nach dem Legislaturwechsel fertig diskutiert worden. ‚Am bewährten System festhalten, Schwächen gezielt ausmerzen‘ sei das Motto des Geschäftes, und so präsentiere sich auch die neue Abfallverordnung. Es handle sich dabei nicht um eine grosse Umwälzung, sondern man halte am bewährten System fest. Nach wie vor gebe es die Kehrriechtabfuhr, es gebe weiterhin die Hauptsammelstelle mit einigen Veränderungen, es gebe die Quartiersammelstellen im Wesentlichen mit Glascontainern, teilweise auch mit Metallcontainern, und es gebe neu in der Verordnung den Ökibus. Wer schon länger dabei sei wisse, dass die Einführung des Ökibusses eine unschöne Geschichte gewesen sei, da der Gemeinderat damals der Meinung war, dass zur Einführung des Ökibusses die Abfallverordnung geändert werden müsse. Der Stadtrat habe dies damals verneint, hat dies jetzt aber umgesetzt, so dass es für den Ökibus neu eine gesetzliche Grundlage gebe. Einige ausgewählte Änderungen: Was bisher als Grundgebühr bekannt gewesen heissen jetzt Infrastrukturkosten, und die Sackgebühr sowie die Containergebühr heissen neu Leistungskosten. Da habe sich der Stadtrat durch die Verordnung der Stadt Zürich inspirieren lassen, doch ändere sich sachlich nichts. Neu werde die Abteilung Tiefbau als zuständig für die Abfallwirtschaft bezeichnet. In der alten Verordnung sei das noch die GUK gewesen, die mit der Revision der Gemeindeordnung abgeschafft worden sei. In der neuen Verordnung werde damit der Ist-Zustand nachvollzogen. Bei den Informationen würden neu die Schulen explizit erwähnt. Bei der Hauptsammelstelle gebe es neu eine Grundpauschale für Leute aus anderen Gemeinden, da viele Entsorger aus umliegenden Gemeinden kämen. Wie dies im Detail aussehe, sei zurzeit noch offen. Neu seien Take-Away-Betriebe auch für die Sauberkeit in ihrer Umgebung verantwortlich. Es reiche damit nicht mehr aus, nur einen Abfalleimer neben dem Betrieb aufzustellen. Die Infrastrukturkosten dürften zudem höchstens 60 Prozent der Kosten der Abfallwirtschaft decken, so dass nicht alle Kosten über die ehemalige Grundgebühr abgedeckt werden könnten. Ein Thema, das bei der Behandlung Anlass zu Diskussionen gab, sei das Littering, das bereits in einem Workshop zur Erarbeitung des Abfallkonzeptes thematisiert worden sei. Die GRPK habe mit dem Stadtrat dieses Thema diskutiert. Zur Finanzierung des Littering habe die GRPK Korrekturen angebracht, so dass diese nicht aus der Abfallrechnung, sondern aus Steuergeldern finanziert würden. Damit gebe es eine klare Trennung zwischen Littering, das zur Sauberkeit im öffentlichen Raum gehöre, und der Abfallwirtschaft. Die Strafbestimmung gegen das Littering habe der Stadtrat ebenfalls in der Abfallverordnung regeln wollen. Auch nach Intervention des Kantons müssten alle Bussen im Zusammenhang mit der Abfallwirtschaft durch den Statthalter ausgesprochen werden, hingegen könne die Stadt mit einer Anpassung der Polizeiverordnung und einem entsprechenden Bussenkatalog in eigener Kompetenz Bussen aussprechen. Der Stadtrat hat versprochen, diese Änderung in der Polizeiverordnung vorzunehmen, was aber nichts mit der Abfallverordnung zu tun habe. Die in der Abfallverordnung aufgeführten Strafbestimmungen verwiesen damit lediglich auf übergeordnetes Recht.



Stellungnahme Stadtpräsident Lothar Ziörjen (BDP):

Er danke der Unterkommission und der GRPK für die sehr konstruktive Art, wie jetzt mit diesem Geschäft umgegangen worden sei. Man habe einen guten Weg gefunden, um die Abfallverordnung an einen Punkt zu bringen, der sämtlichen Wünschen entspreche. Zu den Änderungsanträgen der GRPK: An der Überarbeitung der Polizeiverordnung arbeite der Stadtrat bereits, so dass die Polizeiverordnung nach den Sommerferien verabschiedet werden könne. Vor allem bei der Unterdeckung mache er beliebt darauf zurückzukommen. Weitere Ausführungen erfolgten in der Detailberatung.

Kein Antrag auf Nichteintreten, Eintreten ist damit beschlossen.

B. Detailberatung (artikelweise)

- Artikel 1 Zweck, Geltungsbereich
Keine Anträge, genehmigt.
- Artikel 2 Grundsätze
Keine Anträge, genehmigt.
- Artikel 3 Abfallarten
Keine Anträge, genehmigt.
- Artikel 4 Ausführungsbestimmungen
Keine Anträge, genehmigt.
- Artikel 5 Vollzug und Erlass von Verfügungen
Keine Anträge, genehmigt.
- Artikel 6 Informationen
Keine Anträge, genehmigt.
- Artikel 7 Aufgaben der Stadt Dübendorf
Keine Anträge, genehmigt.
- Artikel 8 Pflichten der Personen, die Abfall verursachen oder innehaben

Änderungsantrag GRPK zum Artikel 8:

Art. 8 Abs. 1 ist zu streichen. Art. 8 Abs. 2 wird zu Abs. 1 und lautet: „Kehricht und Sperrgut müssen der von der Stadt Dübendorf organisierten Abfuhr übergeben werden. Die Festlegung der zulässigen Gebinde sowie von Bereitstellungszeit und -ort erfolgt in der Vollziehungsverordnung.“

Die Diskussion wird nicht verlangt.

Abstimmung:

Für Änderungsantrag GRPK	36 Stimmen
Gegen Änderungsantrag GRPK	0 Stimmen

- Artikel 9 Kostendeckungs- und Verursacherprinzip
Keine Anträge, genehmigt.
- Artikel 10 Volumen bzw. gewichtsabhängige Leistungskosten
Keine Anträge, genehmigt.
- Artikel 11 Infrastrukturkosten
Keine Anträge, genehmigt.
- Artikel 12 Deckung der Kosten



Änderungsantrag GRPK zum Artikel 12:

Art. 12 Abs. 3 (neu): „Weist das Spezialfinanzierungskonto der Abfallwirtschaft eine Überdeckung von mehr als Fr. 1,5 Mio. auf, muss der Stadtrat zwingend eine Gebührensenkung vornehmen. Weist es eine Unterdeckung von mehr als Fr. 1,5 Mio. auf, muss der Stadtrat zwingend eine Gebührenerhöhung vornehmen.“

Stellungnahme Stadtpräsident Lothar Ziörjen (BDP):

Bei der Überdeckung gebe es grundsätzlich keine Differenz. Das übergeordnete Recht sehe sowieso vor, dass eine Überdeckung innerhalb von fünf Jahren abgebaut werden müsse. Dies sei bisher nicht passiert, was den Antrag der GRPK verursacht habe. Eine zwingende Gebührenerhöhung bei einer Unterdeckung von 1,5 Mio. Franken schaffe eine Verwirrung, da dies ebenfalls durch übergeordnetes Recht geregelt sei. Demnach müsse auch eine Unterdeckung innerhalb von fünf Jahren ausgeglichen werden. Wenn es beispielsweise eine Unterdeckung von 500'000 Franken gebe, und man sich nur an die Verordnung halte, dann könne diese Unterdeckung zeitlich unlimitiert weiter bestehen. Dies sei aber durch übergeordnetes Recht nicht erlaubt. Diese Verwirrung könne mit einem auf das übergeordnete Recht verweisenden Artikelzusatz behoben werden. Durch die Formulierung gemäss dem Antrag der GRPK lasse man mehr zu, als es das übergeordnete Recht vorsehe. Er schlage deshalb vor, entweder keine Änderung in die Verordnung aufzunehmen, so dass das übergeordnete Recht gelte, oder aber einen Verweis auf das übergeordnete Recht machen.

GRPK-Präsident Hans-Felix Trachsler (SVP) stellt den Ordnungsantrag, die Sitzung zur Beratung in der GRPK zu unterbrechen.

Abstimmung Ordnungsantrag:

Für den Ordnungsantrag	35 Stimmen
Gegen den Ordnungsantrag	1 Stimme

Die Sitzung wird von 19.50 Uhr bis 20.00 Uhr unterbrochen.

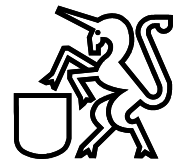
Daniel Brühwiler (GEU/glp):

In der GRPK habe man nochmals diskutiert. Der Stadtrat habe nicht bestritten, dass das übergeordnete Recht gelte unabhängig davon, wie der Gemeinderat über den Antrag der GRPK bestimme. Der Stadtpräsident habe lediglich von einer Gefahr der Verwirrung gesprochen. Man habe in der GRPK über den Verweis auf übergeordnetes Recht diskutiert und sei zum Schluss gekommen, da ansonsten der Hinweis auf übergeordnetes Recht bei jedem Artikel ergänzt werden müsste. Die GRPK halte deshalb an ihrem Antrag fest.

Abstimmung:

Für Änderungsantrag GRPK	33 Stimmen
Gegen Änderungsantrag GRPK	2 Stimmen

- Artikel 13 Erhebung von Infrastrukturkosten
Keine Anträge, genehmigt.
- Artikel 14 Kontrolle
Keine Anträge, genehmigt.
- Artikel 15 Strafbestimmungen
Keine Anträge, genehmigt.



- Artikel 16 Schlussbestimmungen
Keine Anträge, genehmigt.

C. Schlussabstimmung

Antrag GRPK:

1. Dem Gemeinderat wird beantragt, die Verordnung über die Abfallwirtschaft (Abfallverordnung) vom 11. März 2010 ergänzt mit Stadtratsbeschluss Nr. 186 vom 20. Mai 2010 betr. Art. 15 mit den beschlossenen Änderungen zu genehmigen.
2. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug.

Zustimmung zum Antrag der GRPK
Ablehnung des Antrages der GRPK

36 Stimmen
0 Stimmen

Beschluss:

Der Gemeinderat, in Kenntnis eines Antrages des Stadtrates vom 11. März 2010 ergänzt mit Stadtratsbeschluss Nr. 186 vom 20. Mai 2010 betreffend Art. 15 gestützt auf Art. 30 Ziffer 1 der Gemeindeordnung vom 5. Juni 2007 beschliesst:

1. Die Verordnung über die Abfallwirtschaft (Abfallverordnung) vom 11. März 2010 wird mit folgenden Änderungen genehmigt:
 - Art. 8 Abs. 1 ist zu streichen. Art. 8 Abs. 2 wird zu Abs. 1 und lautet: „Kehricht und Sperrgut müssen der von der Stadt Dübendorf organisierten Abfuhr übergeben werden. Die Festlegung der zulässigen Gebinde sowie von Bereitstellungszeit und -ort erfolgt in der Vollziehungsverordnung.“
 - Art. 12 Abs. 3 (neu): „Weist das Spezialfinanzierungskonto der Abfallwirtschaft eine Überdeckung von mehr als Fr. 1,5 Mio. auf, muss der Stadtrat zwingend eine Gebührensenkung vornehmen. Weist es eine Unterdeckung von mehr als Fr. 1,5 Mio. auf, muss der Stadtrat zwingend eine Gebührenerhöhung vornehmen.“
2. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug.

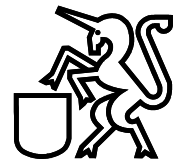
7. **Rahmenkredit von Fr. 1'080'000 für Investitionen im Bereich Abfall / Genehmigung Geschäft Nr. 283/2010**

Referentin GRPK Andrea Kennel (SP):

„Das vorliegende Geschäft war ursprünglich zusammen mit der soeben diskutierten Abfallverordnung in einem Geschäft zusammengefasst. Dieses wurde sinnvollerweise in zwei Geschäfte aufgeteilt. Was beinhaltet der beantragte Rahmenkredit von 1'080'000 Franken? Es sind drei Teile:

- Neue Verkehrsführung und Überdachung
- Neuer Ökobus
- Neue Container für Glas und Metall für die Quartiersammelstellen

Dabei sind folgende Punkte wichtig. Die neue Verkehrsführung und Überdachung muss gemacht werden und könnte auch als gebunden eingestuft werden. Der Ökobus ist eine Ersatzbeschaffung. Auch das könnte als gebunden eingestuft werden, wobei wir hier das Problem hatten, dass die Erstbeschaffung des Ökobusses vom Ablauf her zu Diskussionen führte. Mit der Zustimmung zur Ersatzbeschaffung kann der Gemeinderat der Idee Ökobus nachträglich zustimmen. In der GRPK waren alle drei Investitionen von Anfang an sachlich unbestritten. Die GRPK der letzten Legislatur hat bei der ersten Diskussion des Geschäftes weitere Informationen zur Berechnungsgrundlage verlangt. So



hat die neue Unterkommission alle nötigen Informationen vorgefunden. Einzig die Kostenberechnung der Überdachung hat zu Diskussionen geführt. Diese ist mit einer Annahme eines Quadratmeter-Preises relativ einfach gehalten. Nachfragen haben ergeben, dass dies bewusst so gemacht wurde, um den Aufwand klein zu halten. Dieses Vorgehen ist sicher gerechtfertigt, zumal es sich bei der Überdachung um Kosten handelt, die auch als gebunden eingestuft werden könnten. Wie gesagt, könnte ein Teil der beantragten Investition als gebunden eingestuft werden und müsste dem Gemeinderat nicht vorgelegt werden. Wir begrüßen es aber, dass der Gemeinderat über den gesamten Rahmenkredit befinden kann und so die volle Kostentransparenz gegeben ist. Die GRPK empfiehlt dem Gemeinderat das Geschäft zur Annahme“

Keine weiteren Wortmeldungen.

Schlussabstimmung:

Antrag GRPK:

1. Dem Gemeinderat wird beantragt, für Investitionen im Bereich Abfall einen Rahmenkredit von 1'080'000 Franken zu genehmigen.
2. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug.

Zustimmung zum Antrag der GRPK
Ablehnung des Antrages der GRPK

36 Stimmen
0 Stimmen

Beschluss:

Der Gemeinderat, in Kenntnis eines Antrages des Stadtrates vom 11. März 2010, gestützt Art. 30 Ziffer 1 der Gemeindeordnung vom 5. Juni 2007, beschliesst:

1. Für Investitionen im Bereich Abfall wird ein Rahmenkredit von 1'080'000 Franken genehmigt.
2. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug.

8. Jahresrechnung 2009 der Stadt Dübendorf / Genehmigung Geschäft Nr. 285/2010

Ratspräsident Patric Crivelli (SVP) erläutert das Vorgehen. In der Eintretensdebatte wird zuerst Eintreten oder Nichteintreten beschlossen. Bei Eintreten wird anschliessend die Detailberatung durchgeführt. Wenn dabei zu den einzelnen Abschnitten keine Anträge gestellt werden, gelten diese als genehmigt.

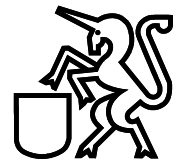
A. Eintretensdebatte

Stellungnahme GRPK durch GRPK-Präsident Hans-Felix Trachsler (SVP):

„Ich gliedere mein Referat in drei Teile:

- Eintretensdebatte mit einer Gesamtschau
- Detailberatung mit Hinweisen zu Feststellungen
- Antrag

Die GRPK befasste sich in den letzten Wochen intensiv mit der Prüfung und der Beurteilung der Rechnung 2009. Die GRPK stellte wie in den Vorjahren zahlreiche Fragen zur Rechnung zusammen, die zwischenzeitlich zur Zufriedenheit der Kommission beantwortet worden sind. Erneut nahm das



Gemeindeamt des Kantons ergänzend eine technische Vorprüfung der Rechnung vor, damit sich die GRPK bei ihrer Arbeit auf die politische Fragestellungen konzentrieren konnte. Die Profirevisoren kontrollierten, ob die Rechnungslegung den gesetzlichen Vorschriften entspricht. Die verantwortlichen Revisoren attestierten, dass die Buchhaltung der Stadt Dübendorf rechnerisch gut geführt sei. Sie stellten im Mehrjahresvergleich in verschiedenen Bereichen eine deutliche Verbesserung der Qualität der Rechnungslegung fest. Die GRPK beurteilt die Arbeit der technischen Vorprüfung als wichtig und sehr wertvoll. Ab Rechnung 2010 wird die Revision der Rechnungen der öffentlichen Haushalte im Kanton Zürich durch fachlich befähigte Revisoren zur Pflicht. Die Stadt Dübendorf hat mit der technischen Rechnungsprüfung durch das Gemeindeamt seit ein paar Jahren diese gesetzliche Auflage bereits vorweg genommen und damit sehr gute Erfahrungen gemacht. Die bisherigen Ergebnisse zeigen nämlich, dass immer wieder auf neue Aspekte hingewiesen wird, die sonst dem Milizgremium verborgen blieben. Die GRPK hat ein knapp ausgeglichenes Ergebnis der Rechnung 2009 der Stadt Dübendorf zur Kenntnis genommen. Ich bedanke mich bei dieser Gelegenheit bei allen, die an der Rechnung 2009 mitgearbeitet haben. In meinen Dank schliesse ich den Stadtrat und die Mitarbeiter der Verwaltung, vor allem Werner Schai, für ihre Arbeit rund um die Beantwortung der GRPK Fragen ein. Die Antworten waren überwiegend informativ, offen und ehrlich. Die Bearbeitung unseres Fragenkatalogs ist aufwendig, ermöglicht uns aber einen vertieften Einblick in verschiedene aktuelle Herausforderungen und Fragestellungen. Die GRPK beantragt Eintreten auf die Rechnung 2009.“

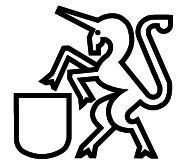
Allgemeine Diskussion zur Eintretensdebatte:

Keine weiteren Wortmeldungen. Das Eintreten ist somit beschlossen.

B. Detailberatung

Stellungnahme GRPK durch GRPK-Präsident Hans-Felix Trachsler (SVP):

„Die Rechnung 2009 schliesst mit einem Aufwandüberschuss von 351'000 Franken ab, geplant war ein Defizit von 613'000 Franken. Zusätzliche Steuereinnahmen – primär von früheren Steuerperioden – einerseits und eine starke Zunahme des Aufwandes andererseits führten zu diesem Ergebnis. Der Sachaufwand liegt 3,8 Prozent über dem Voranschlag. Mehraufwendungen zeigten sich vor allem im Bereich des baulichen Unterhalts und in der Primarschule. Markant zugenommen haben die Kosten für Sozialhilfebezügler. Veränderte gesetzliche Rahmenbedingungen und das rauere wirtschaftliche Umfeld führten zu dieser Situation. Bestimmt trägt aber auch die im Mehrjahresvergleich veränderte Sozialstruktur der Dübendorfer Bevölkerung zu dieser Entwicklung bei. Die finanzielle Situation der Stadt Dübendorf ist gesund. Im Berichtsjahr konnten die langfristigen Schulden auf tiefe 43 Millionen Franken reduziert werden. Das abzuschreibende Verwaltungsvermögen stieg nur leicht auf 21 Millionen Franken an. Mit anderen Worten ist Dübendorf gut gewappnet, um die grösseren Investitionsvorhaben, die vor der Türe stehen, effektiv auch in Angriff zu nehmen. Optimierungschancen
Laufende Rechnung: Bei der laufenden Rechnung legte die GRPK ihren Fokus bei der Prüfung auf wesentliche Abweichungen und hinterfragte auch verschiedene ableitbare Entwicklungen. Stellvertretend sind folgende Feststellungen von Belang. Bei der Betrachtung der Differenzkommentare in verschiedenen Abteilungen fällt auf, dass der Grund der auftretenden Abweichungen mehrheitlich in der falschen Budgetierung zu suchen ist. Für die Erarbeitung der Budgetwerte sollten Betrachtungen über mehrere Jahre als Grundlage dienen. Sparrunden, die nur die Reduktion der Budgetwerte zum Ziel haben, ohne dass gleichzeitig die Aufwendungen effektiv reduziert würden, bringen nichts. Im Folgejahr resultierten entsprechende Überschreitungen, die dann mit einem lapidaren Kommentar ‚zu tief budgetiert‘ versehen würden. Nach unserer Ansicht sollte der Aufwand über mehrere Jahre und die effektiven Aufgaben in einem bestimmten Bereich als entscheidende Basis für die Budgetierung dienen. Im Hinblick auf die Erarbeitung des Voranschlag 2011 würde es die GRPK begrüssen, wenn die Planung 2011 auf realistischen Grundlagen und ohne ‚Papiersparübungen‘ erfolgen könnte. Dabei



ist der Entwicklung des Aufwandes je Bereich und auf der Zeitreihe angemessen Rechnung zu tragen. Bei der Analyse der Rechnung der einzelnen Abteilungen stellte die GRPK verschiedene überschrittene Konti fest. Nachtragskredite und oder entsprechende Stadtratsbeschlüsse fehlten. Auch bei verhältnismässig kleinen Beträgen erwartet die GRPK, dass die entsprechenden Aufwendungen durch das zuständige Organ bewilligt sind. Die GRPK bittet den SR und die Verwaltung, die geltende Kompetenzordnung einzuhalten. Revisionsbericht Gemeindeamt: Die Revisoren des Gemeindeamts kontrollierten bei ihrer Arbeit 146 verschiedene Aspekte der Jahresrechnung. Bei nur 10 Prozent der Prüfungsschritte waren Hinweise und Bemerkungen nötig. Dieses Ergebnis ist im Quervergleich mit anderen Revisionen ein wirklich erfreuliches Ergebnis. Schön ist die Bemerkung, dass die Hinweise früherer Jahre effektiv umgesetzt wurden. Das Interne Kontrollsystem IKS – bei einer Buchhaltung in der Dimension der Stadt Dübendorf enorm wichtig – ist gut etabliert. Die notwendigen Kontrollen finden statt. Optimierungsbedarf besteht lediglich bei der Dokumentation der erfolgten Prüfungen. Bei der Beurteilung der Bestandesrechnung, also der Bilanz, stellten die Revisoren fest, dass verschiedene ältere Baudepositenkonti bestehen, die teilweise aus den Jahren vor 1996 stammen. Ins gleiche Kapitel gehören Konti von Quartierplanverfahren, über die während Jahren keine Buchungen mehr erfolgten. Ich bin sicher, dass mittlerweile die entsprechenden Abklärungen an die Hand genommen worden sind und dass diese Konti im nächsten Jahresabschluss nicht mehr vorhanden sind. In der Bilanz figuriert unter den Passiven das Konto 2282 ‚Erwerb Freihaltezone‘ mit einem Bestand von 1,5 Millionen Franken. Es handelt sich um eine alte Vorfinanzierung vor Einführung des neuen Rechnungsmodells. Der Betrag wurde seinerzeit für die Entschädigung für die Umzonung von zwei Grundstücken in die Freihaltezone vorgesehen. Im Revisionszeitpunkt lag ein Grundsatzbeschluss des Gemeinderates nicht vor. Das Gemeindeamt regt eine Bereinigung an: entweder Auflösung zugunsten des Kapitalkontos oder ein neuer Beschluss des Gemeinderates. Diese Empfehlung führte das Gemeindeamt bereits im letzten Bericht auf. Nun ist der Stadtrat gefordert, die entsprechenden Schritte auszulösen. Investitionsrechnung: In der Berichtsperiode investierte Dübendorf 13,1 Millionen Franken. Folgende Projekte sind nennenswert: Sanierungsarbeiten und Überführung GESPAD in die Sport und Freizeitanlagen SFD AG, Glattalbahn und Neuausrichtung Bahnhof Stettbach und verschiedenste Tiefbauarbeiten. Von den geplanten Investitionen wurden 91 Prozent realisiert. Das politische Gut investierte 2009 11,6 Millionen Franken, davon wurden im Berichtsjahr 11,2 Millionen Franken wieder abgeschrieben. Die GRPK machte bei der Beurteilung der Investitionsrechnung keine besonderen Feststellungen. Keine ergänzenden Bemerkungen zur Bestandesrechnung und den Sonderrechnungen. Alle Fragen wurden geklärt. Pensionskasse: Erneut revidierte die BDO Visura den Jahresabschluss per 31.12.09 der Pensionskasse. Die GRPK hat den Revisionsbericht erhalten und zur Kenntnis genommen. Erwähnenswert sind folgende Aspekte: Die Revisionsstelle weist in ihrem Bericht vom 3. Juni 2010 darauf hin, dass die ungesicherten Anlagen beim Arbeitgeber in Form des Kontokorrentguthabens von 16 Millionen Franken im Umfang von knapp 12 Millionen Franken (im Vorjahr 27 Millionen Franken) gegen die Anlagerichtlinien gemäss Art 57 Abs 1 BVV2 (Bestimmungen über die ungesicherte Anlagen beim Arbeitgeber) verstossen. Die Pensionskasse setzte damit die vor ein paar Jahren angefangene Entflechtung der Anlagen der Pensionskasse bei der Stadt fort. Anfangs 2010 erfolgte eine weitere Reduktion des Kontokorrentguthabens. Aktuell weist das Kontokorrent noch einen Saldo von 4,25 Millionen Franken auf. Damit ist der Vorbehalt im Revisionsbericht klar zu relativieren. Die Pensionskasse der Stadt Dübendorf erzielte in der Berichtsperiode eine Performance der Anlagen von 11,5 Prozent. Im Berichtsjahr wurden Wertschwankungsreserven von 5,3 Millionen Franken gebildet, nachdem sie im Vorjahr vollständig aufgelöst worden sind. Deckungsgrad beträgt neu 104,2 Prozent (Vorjahr 96 Prozent). Die Risikofähigkeit der Pensionskasse der Stadt Dübendorf ist generell eingeschränkt. Die Prüfungsarbeit der GRPK umfasste selbsterklärend weitere Themenkreise. Das Referat diene aber dazu, schlaglichtartig Besonderheiten zu unterstreichen und kann nie und immer Anspruch auf Vollständigkeit erheben. Vor diesem Hintergrund war das Gespräch mit einer Delegation des Stadtrates wertvoll, da die Meinung der Kommission zu den hier nicht näher ausgeführten Feststellungen direkt und ungeschminkt übermittelt werden konnte. In diesem Zusammenhang denke ich beispielsweise zu Fragen im Personalbereich der Sozialabteilung oder zu



Entwicklungen rund um Abfallwirtschaft. Gesamthaft stellte die GRPK fest, dass die Rechnung 2009 der Stadt Dübendorf gut geführt worden ist. Das Ergebnis ist in wirtschaftlicher Hinsicht insgesamt erfreulich. Immer wieder stellten wir fest, dass die Mittel der Steuerzahler sorgfältig und zielgerichtet eingesetzt worden sind.“

Antrag GRPK:

1. Dem Gemeinderat wird beantragt die Jahresrechnung 2009 des Politischen Gutes und der Pensionskasse zu genehmigen.
2. Gestützt auf § 94 des Kreisschreibens der Kantonalen Direktion des Innern vom 10. Oktober 1984 wird der Aufwandüberschuss der Laufenden Rechnung in der Höhe von Fr. 350'989.07 dem Eigenkapital entnommen.

Stellungnahme Stadtrat Martin Bäumle (GEU/glp):

Zur Wertung des Resultates: Mit der Entwicklung der Sozialhilfe und der Ergänzungsleistungen gebe es zwei Bereiche, welche im Auge behalten werden müssten. Ebenfalls entwickle sich der Aufwand der Primarschule aufgrund des neuen Volksschulgesetzes sowie von zunehmenden Fremdplatzierungen nach oben. Auch die Anpassungen des Stellenplanes hätten zu höheren Ausgaben geführt. Die beschlossenen Lohnmassnahmen wurden 2009 umgesetzt und haben um 3 Prozent höhere Lohnkosten zur Folge. Bei der Investitionsrechnung kann festgestellt werden, dass grössere Investitionen in den kommenden Jahren getätigt werden. Im Jahr 2009 seien viele der geplanten Investitionen auch umgesetzt worden, das werde auch in den nächsten Jahren so bleiben. Unerfreulich sei es, dass der Aufwand höher sei als vorangeschlagen. Als Gründe dafür können der Personalaufwand beim Hochbauamt mit teilweise einmaligem Charakter, die Sozialaufwendungen sowie der Beitrag für das Spital Uster. Bei diesem handelt es sich aus buchhalterischen Gründen um einen Zweijahresbeitrag. Bei der SFD AG sehe es gegenüber dem Voranschlag teurer aus, doch könne ein gesamthafter Abschluss erst mit der Jahresrechnung 2010 gemacht werden. Der höhere Aufwand werde durch höhere Steuereinnahmen von 3,5 Millionen Franken kompensiert, was gesamthaft zu einem Ergebnis mit einer Schwarzen Null führe. Dank des Nettoüberhangs der Liquidation konnte die Verschuldung auf einen Rekordtiefstand von 43 Millionen Franken abgebaut werden. Die Verschuldung werde nicht auf diesem tiefen Stand bleiben, da es zu grösseren Investitionen komme. Die Stadt könne sich aber eine zusätzliche Verschuldung leisten. Die Pensionskasse weise ein sehr erfreuliches Resultat auch im Vergleich mit anderen Kassen auf. Mit einer vollständigen Darlehensablösung konnte die Pensionskasse von der Politischen Gemeinde entflochten werden. Der Deckungsgrad belaufe sich auf 104 Prozent. Eigentlich müsste man eine Wertschwankungsreserve mit einem Deckungsgrad von 115 bis 118 Prozent haben. Die Pensionskasse müsse ihre Gelder mit Risiko anlegen und Aktien kaufen, um die geforderten Leistungen finanzieren zu können. Zu den durch die GRPK erwähnten Punkten: Kosmetische Papiersparübungen seien eigentlich nicht vorgesehen. Entweder wird eine Leistung reduziert, was eine Kostensenkung bei einem Konto zur Folge hat, ansonsten basiert das Budget auf den Vorjahreszahlen um zu vergleichen, was nötig ist. Eigentlich müsste man zu einer Zero-Budgetierung kommen, so weit sei man aber noch nicht. Eine Ausnahme gebe es mit der Alimentenbevorschussung, bei der kosmetisch budgetiert werde. Es werde immer gleich budgetiert und Ende Jahr werde der Betrag entsprechend dem Rechnungsergebnis angepasst. Zur Kompetenzordnung: Der Stadtrat glaube, dass die Kompetenzordnung besser als in anderen Jahren eingehalten werde. Der Stadtrat setze alles daran, dass entsprechende Nachtragskredite vorliegen. Der Stadtrat und die GRPK verfolgten damit dieselben Interessen. Zum Erwerb der Freihaltezone: Man werde entweder in diesem Jahr einen entsprechenden Antrag vorlegen oder die Rückstellung auflösen. Zum Ausblick auf die Jahre 2010 und 2011: Im Budgetprozess 2011 habe der Stadtrat die Zielvorgaben definiert, und die Abteilungen seien am Budgetieren. Die Zielvorgaben aus der Finanzplanung seien ehrgeizig, und einige Faktoren hätten sich verändert so beispielsweise im Sozialbereich. Der Aufwand werde



eher höher als geplant ausfallen, und in der Investitionsrechnung könne es durch Projektverzögerungen zu Anpassungen kommen. Die Ertragsseite für das Jahr 2011 sei noch unklar. Dann wirkten die Jahre 2008 bis 2010 bei den Vorjahressteuern. Aus den Vorjahren 2005 bis 2007 habe man im Rechnungsjahr 2010 rund 8 Millionen Franken mehr Ertrag. Beim Aufwand gebe es noch keine Informationen, und es sei deshalb noch nicht bekannt viel der Mehreinnahmen durch einen höheren Aufwand wieder aufgeessen werden. Im Fazit sehe das Jahr 2010 gut aus, so dass der Stadtrat das Ziel habe, den Steuerfuss nicht zu verändern. Das Jahr 2012 werde ein kritisches Jahr mit weniger Vorjahressteuern sein. Er danke der Verwaltung und den Stadtratskollegen für die Erarbeitung der Rechnung. Die Antworten auf die Fragen der GRPK hätten nach seiner persönlichen Einschätzung eine hohe Qualität wie schon lange nicht mehr oder wie noch nie. Bei den meisten Budgetabweichungen seien exogene Faktoren die Ursache. Man müsse es realistisch sehen, dass wenn ein Aufwand wirklich anfällt, dass dieser auch getätigt werde. Ziel sei es, ein Budget ohne Reserven zu haben. Er danke der GRPK auch für die wohlwollenden Worte an die Verwaltung und insbesondere an die Finanzverwaltung. Dass es auch gemäss Aussagen der Revisionsstelle zu einer Qualitätssteigerung gekommen sei freue ihn besonders, da es auch schon Jahre gegeben habe, in denen er und die Finanzverwaltung Kritik hätten einstecken müssen.

Allgemeine Diskussion zur Detailberatung

Laufende Rechnung (S. 3-79) / Detailkonten ab S. 11:

- 10 Präsidium und Planung (S. 11-19)
Keine Anträge, genehmigt.
- 11 Finanzen (S. 19-26)
Keine Anträge, genehmigt.
- 12 Abteilung Hochbau (S. 26-27)
Keine Anträge, genehmigt.
- 13 Abteilung Tiefbau (S. 28-33)
Keine Anträge, genehmigt.
- 14 Sicherheit (S. 33-40)
Keine Anträge, genehmigt.
- 15 Entsorgung und Betriebe (S. 40-44)
Keine Anträge, genehmigt.
- 16 Soziales (S. 44-53)
Keine Anträge, genehmigt.
- 17 Bildung und Jugend (S. 53-54)
Keine Anträge, genehmigt.
- 19 Primarschule (S. 54-62)
Keine Anträge, genehmigt.

Schlussabstimmung zur Laufenden Rechnung:

Zustimmung zur Laufenden Rechnung:

36 Stimmen

Ablehnung der Laufenden Rechnung:

0 Stimmen

Der Laufenden Rechnung wird mit 36 Ja zu 0 Nein zugestimmt.

Investitionsrechnung (S. 80-98)

Keine Anträge, genehmigt.



Bilanzzusammenzug, Bestandesrechnung, Abschreibungstabelle, Geldflussrechnung, Anhang zur Jahresrechnung, Verpflichtungskreditkontrolle, Inventarveränderungen, Sonderrechnungen (S. 99-147)

Keine Anträge, genehmigt.

Pensionskasse der Stadt Dübendorf (S. 153-171)

Keine Anträge, genehmigt.

Übersicht (S. 1-2)

Keine Anträge, genehmigt.

Schlussabstimmung

Antrag des Stadtrates und der GRPK:

1. Dem Gemeinderat wird beantragt die Jahresrechnung 2009 des Politischen Gutes und der Pensionskasse zu genehmigen.
2. Gestützt auf § 94 des Kreisschreibens der Kantonalen Direktion des Innern vom 10. Oktober 1984 wird der Aufwandüberschuss der Laufenden Rechnung in der Höhe von Fr. 350'989.07 dem Eigenkapital entnommen.

Zustimmung zum Antrag:

35 Stimmen

Ablehnung des Antrages:

0 Stimmen

Beschluss:

Der Gemeinderat beschliesst:

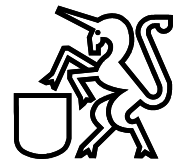
1. Die Jahresrechnung 2009
 - a) des Politischen Gutes
 - b) der Pensionskasse der Stadt Dübendorfwird genehmigt.
2. Der Aufwandüberschuss der Laufenden Rechnung in der Höhe von Fr. 350'989.07 wird dem Eigenkapital belastet. (gestützt auf § 94 des Kreisschreibens der Kantonalen Direktion des Innern des Kantons Zürich vom 10. Oktober 1984)

**9. Geschäftsbericht 2009 der Stadt Dübendorf / Genehmigung
Geschäft Nr. 284/2010**

Ratspräsident Patric Crivelli (SVP) erläutert das Vorgehen. Nach dem Votum der GRPK und der allgemeinen Diskussion wird die Detailberatung durchgeführt. Wenn dabei zu den einzelnen Abschnitten keine Anträge gestellt werden, gelten diese als genehmigt.

Stellungnahme GRPK durch GRPK-Präsident Hans-Felix Trachsler (SVP):

„Der sorgfältig gestaltete Geschäftsbericht legt Zeugnis der vielfältigen Arbeit ab, die durch den Stadtrat und die Stadtverwaltung in Dübendorf im Dienste aller verrichtet wird. Zu den Aufgaben der GRPK gehört die Prüfung des Geschäftsberichts. Wir hinterfragen die Entwicklung in den einzelnen Bereichen, überprüfen die Aussagen auf Plausibilität. Zu diesem Zweck studierte die GRPK den Bericht detailliert und stellte einen umfassenden Fragekatalog zusammen. Die schriftlichen Antworten des Stadtrates würdigte die Kommission und stellte verschiedene Anschlussfragen, die in einem offenen

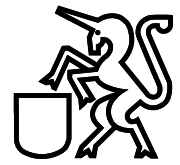


Dialog von einer Delegation des Stadtrates beantwortet worden sind. Bei der Bearbeitung des Geschäftsberichtes fiel im Gegensatz zum Vorjahr kein Thema auf, das die Diskussionen in der GRPK stark dominierte. Vielmehr war es eine grosse Vielfalt von verschiedenen Aspekten, die vertieft beurteilt worden waren. Stichwortartig führe stellvertretend für viele andere folgende Punkte auf. Schulraumbedarfsplanung: Die Umsetzung des Volksschulgesetzes erfordert zusätzliche Klassenzimmer und andere Schulräume. In verschiedenen Schulhäusern stehen kleinere Anpassungsprojekte zum Gewinnen von zusätzlichen Schulzimmern, wie beispielsweise die Verlegung der Sammlung ins Untergeschoss etc. an. Jedoch ist kein grösseres Schulhauserweiterungsprojekt oder gar ein Neubauvorhaben in der Pipeline. Zukunft Hallenbad Stägenbuck: Die Anlage ist sanierungsbedürftig. Eine Arbeitsgruppe bestehend aus Stadt, Primarschule und Oberstufenschule unter der Leitung des Stadtpräsidenten reaktivierte die Arbeiten im Mai 2010 wieder, nachdem sie als Folge des Stadtschreiberwechsels, während Monaten inaktiv war. Ziel ist die Erstellung eines Abschlussberichts mit Empfehlungen zur Zukunft des Hallenbades bis Ende 2010. Die Umsetzung eines späteren Projekts wird auf jeden Fall substantielle Mittel benötigen. Planung Erweiterung Alterszentrum: Heute Abend wurde die Interpellation von Andrea Kennel im Zusammenhang mit dem Erweiterungsprojekt Alterszentrum begründet. Die gleiche Thematik stand aber auch auf dem Fragekatalog der GRPK. Ohne der Beantwortung vorzugreifen, sind für den GR nachstehende Punkte wichtig: Das Projekt hatte verschiedene Schwachstellen in unterschiedlichen Bereichen. Der Stadtrat unterbrach die Planungsarbeiten und richtete in der Folge die Baukommission personell neu aus. Sie steht neu unter der Leitung von Stadtrat Kurt Spillmann. Auch wurden zwischenzeitlich verschiedene betriebsorganisatorische Fragen geklärt. Für die GRPK ist wichtig, dass der SR die entstandene Fehlentwicklung rechtzeitig bemerkte und entsprechende Gegenmassnahmen einleitete. Für das Projekt hoffen und erwarten wir, dass die entstandenen Schwierigkeiten gelöst sind und die weiteren Planungsarbeiten zielgerichtet fortgesetzt werden, damit wir in einem zweiten Schritt über ein durchdachtes und nachhaltiges Projekt befinden können. Es ist immer besser, etwas mehr Zeit in die Planung zu investieren, als später bei der Realisation oder gar im Betrieb auf ungelöste Probleme zu stossen. Die GRPK will aber nicht nur auf kritische Entwicklungen hinweisen. Im vergangenen Jahr leisteten viele Mitarbeiter der Stadtverwaltung und des Stadtrates sehr gute Arbeit und bearbeiteten verschiedene Projekte, die für die Stadt an der Glatt zukunftsgerichtet sind. Die GRPK schätzte den offenen und konstruktiven Dialog mit dem Stadtrat sehr. Insbesondere war es im Schlussgespräch möglich, bei einzelnen Themen auch die künftige Strategie der Exekutive direkt näher kennen zu lernen. Die GRPK beantragt dem Gemeinderat einstimmig, den Geschäftsbericht in der vorliegenden Form zu genehmigen.“

Allgemeine Diskussion:

Stefanie Huber (GEU/glp):

„Da der Umweltbericht als Teil des Geschäftsberichts behandelt wird, möchte ich an dieser Stelle im Namen der GEU/glp ein paar Worte anbringen. Auf Details werde ich nicht eingehen, dazu werden wir uns in den nächsten Tagen in Form einer schriftlichen Anfrage oder Interpellation äussern. Einige mögen sich erinnern, anlässlich eines Postulates wurde der Umweltbericht und der Sinn dieser Publikation vom Gemeinderat in den Jahren 2006/7 ausführlich diskutiert, worauf das Intervall zwischen den Berichten an den Energiestadtbericht angeglichen wurde (4 Jahre). Ich zitiere hier das damalige Votum von Erika Attinger: ‚Wir, das heisst, jeder einzelne, wir, das heisst aber auch, wir als politische Behörde, sind angehalten, unsere Umwelt 1. zu beobachten, 2. Schlüsse zu ziehen und 3. Massnahmen zu treffen.‘ Erstens, die Beobachtung, hat der Stadtrat mit diesem Umweltbericht, zumindest teilweise, gemacht. Teilweise, weil verschiedene Themen unserer Meinung nach fehlen. Im Bericht steht: ‚Die Berichterstattung konzentriert sich im Wesentlichen auf diejenigen Bereiche, in denen die Stadt über Handlungsspielraum verfügt.‘ Themen wie Landwirtschaft, Waldbewirtschaftung, Bepflanzung der Grün- und Parkanlagen – das betrifft z.B. einheimische Pflanzen – Biodiversität im Allgemeinen und Lichtverschmutzung sind im Bericht nicht erwähnt. Warum nicht? Bei diesen Themen besteht sehr wohl Handlungsspielraum und Möglichkeit für Massnahmen, siehe Landschaftsentwick-



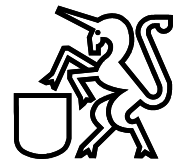
lungskonzept. Ein umfassendes Werk und so dick wie jenes des Kantons haben wir sicher nicht erwartet, aber doch ein paar substantielle Aussagen, wie es um die Umwelt in Dübendorf steht. Zweitens und Drittens, die Schlussfolgerungen und die Massnahmen, würden unbedingt zu diesen substantiellen Aussagen gehören. Sie werden im Bericht mit folgendem Zitat erledigt: ‚Die eigentliche Bewertung und der Vorschlag von Massnahmen sind nicht Teil dieses Berichts. Vielmehr soll der Bericht fundierte Grundlagen liefern für eine Diskussion über Notwendigkeit und Sinn von entsprechenden Massnahmen.‘ Wann, wo und durch wen diese stattfindet und vor allem, wo diese dokumentiert wird, ist leider nicht ausgeführt. Der Energiestadtbericht erfüllt Beobachtung, Schlussfolgerung und Massnahmen für die Bereiche Energie und Verkehr zu einem guten Teil, nur wird er im Detail weder publiziert noch öffentlich diskutiert. Im Geschäftsbericht steht ebenfalls etwas zu Naturschutz, zu Grün- und Parkanlagen sowie weiteren Themen, jedoch nur sehr überblicksmässig und ohne Zusammenfassung für den Umweltbereich. Der Umweltbericht hat im Gegensatz zum Geschäftsbericht in unseren Augen genau diese Funktion zu erfüllen – er trägt die Informationen über einen längeren Horizont zusammen, schafft Übersicht, zeigt Erreichtes, Lücken, mögliche Synergien zwischen den Umweltbereichen und anderen Verwaltungsthemen sowie Massnahmen auf. Dazu gehört in unseren Augen auch, dass Informationen zu sämtlichen Themen, welche die Umwelt betreffen, für Dübendorf aufbereitet werden, inkl. Waldwirtschaft, Biodiversität und Lichtverschmutzung. Ansonsten ist der Sinn dieser Publikation wirklich zu hinterfragen. Als Fazit würde es die GEU/glp deshalb begrüssen, wenn der Umweltbericht – als Ergänzung zum Energiestadtbericht – erstens vollständiger geführt und zweitens mit Schlussfolgerungen und möglichen Massnahmen ergänzt würde. Die schriftliche Anfrage oder Interpellation zum Thema wird einerseits konkrete Fragen zum Inhalt, andererseits auch Fragen dazu beinhalten, was der Stadtrat mit diesem Bericht anzufangen gedenkt und wie die Aussagekraft des Berichts für in vier Jahren verbessert werden kann. Inputs der anderen Gemeinderatsmitglieder nehme ich gerne entgegen.“

Keine weiteren Wortmeldungen.

Detailberatung

Abschnittweise Behandlung:

- Kapitel 1: Gemeinderat (S. 2-3)
Keine Anträge / Fragen, genehmigt.
- Kapitel 2: Stadtrat (S. 4-9)
Keine Anträge / Fragen, genehmigt.
- Kapitel 3: Geschäftsleitung (S. 10-16)
Keine Anträge / Fragen, genehmigt.
- Kapitel 4: Allgemeine Verwaltung (S. 17-19)
Keine Anträge / Fragen, genehmigt.
- Kapitel 5: Finanzen, Steuern und Liegenschaften (S. 20-27)
Keine Anträge / Fragen, genehmigt.
- Kapitel 6: Sicherheit, Einwohner und öffentlicher Verkehr (S. 28-33)
Keine Anträge / Fragen, genehmigt.
- Kapitel 7: Planung (S. 34-36)
Keine Anträge / Fragen, genehmigt.
- Kapitel 8: Hochbau (S. 37-38)
Keine Anträge / Fragen, genehmigt.
- Kapitel 9: Tiefbau (S. 39-42)
Keine Anträge / Fragen, genehmigt.
- Kapitel 10: Soziales (S. 43-49)
Keine Anträge / Fragen, genehmigt.
- Kapitel 11: Bildung (S. 50-54)



- Keine Anträge / Fragen, genehmigt.
- Kapitel 12: Einzelbearbeitungen (S. 55)
Keine Anträge / Fragen, genehmigt.

Abstimmung:

Genehmigung Geschäftsbericht 2009:
Nichtgenehmigung Geschäftsbericht 2009:

36 Stimmen
0 Stimmen

Beschluss:

Der Gemeinderat beschliesst:
Der Geschäftsbericht 2009 der Stadt Dübendorf wird genehmigt.

10. Neun Bürgerrechtsgesuche

10.1 Kavakli Hasim und die Kinder Ayse, Ibrahim, Ömer und Fadime Nur, türkische Staatsangehörige, Glärnischweg 4, 8604 Volketswil Geschäft Nr. 227/2009

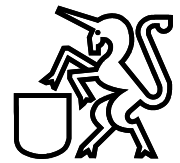
Hinweis bei Ordnungsantrag auf Verschiebung der Gesuche: Mit Beschluss vom 10. Februar 2010 hat der Bezirksrat Uster den Gemeinderat Dübendorf angewiesen, innert drei Monaten nach Rechtskraft dieses Beschlusses (12. März 2010) erneut über dieses Einbürgerungsgesuch zu befinden. Auf Gesuch hin wurde diese Frist bis am 5. Juli 2010 erstreckt. Zur Gewährleistung eines rechtmässigen Verfahrens muss das Gesuch damit an der heutigen Sitzung behandelt werden.

Einbürgerungsgebühr:
Antrag BRK:

Fr. 1900.--
Annahme Antrag Stadtrat auf Ablehnung des Gesuches (4 Ja zu 1 Nein)

Stellungnahme BRK durch Valeria Rampone (GEU/glp):

Ziemlich genau vor einem Jahr habe man dieses Gesuch bereits einmal im Rat diskutiert. Der Gemeinderat hat damals das Gesuch abgelehnt und diesen Entscheid damit begründet, dass der Gemeinderat nach dem Wegzug der Gesuchsteller aus Dübendorf nicht mehr zuständig sei. Der Bezirksrat sei anderer Meinung gewesen und habe beschlossen, dass Dübendorf abschliessend über dieses Einbürgerungsgesuch entscheiden müsse. Als das Gesuch eingereicht worden sei, war die Ehefrau des Gesuchstellers ebenfalls im Gesuch integriert. Deshalb war sie beim ersten Gespräch mit der BRK anwesend. Die BRK habe bei dieser Gelegenheit festgestellt, dass Frau Kavakli überhaupt kein Deutsch könne und keine Verständigung mit ihr möglich sei. Man habe auch festgestellt, dass die kleineren Kinder, welche noch nicht in die Schule gingen, ebenfalls über keine Deutschkenntnisse verfügten. Dies sei der BRK aufgefallen, sei es doch aussergewöhnlich, dass jemand, der seit dem Jahr 2000 in der Schweiz lebe kein Deutsch könne. Auf Nachfrage der BRK, was die Ursache über diese mangelnden Deutschkenntnisse sei, habe man die Antwort erhalten, dass der Ehefrau aufgrund der grossen Familie die Zeit zum Erlernen der Sprache gefehlt habe. Es sei ihr aber möglich, künftig Deutsch zu lernen. Die BRK sei derselben Meinung gewesen, nämlich dass es Frau Kavakli möglich gewesen wäre ein Minimum an Deutsch zu lernen. Die BRK habe den Rückschluss gezogen, dass Herr Kavakli sich offenbar nicht aktiv darum bemüht habe, dass seine Frau sowie seine Kinder Deutsch lernten. Dies sei umso mehr schade, da er selber gut Deutsch könne. Für Frau Kavakli müsse der Alltag in der Schweiz sehr schwierig sei, da einfache Handlungen wie ein Arztbesuch alleine schwierig zu bewältigen seien. Auch für die Kinder habe das Konsequenzen, da sie beim Eintritt in die Schule aufgrund der schlechten Sprachfertigkeiten einen Nachteil gegenüber anderen Kindern hätten. Es sei der BRK bewusst, dass Frau Kavakli mittlerweile nicht mehr im Gesuch integ-



riert sei. Kurz vor der erstmaligen Behandlung im Gemeinderat habe sie sich aus dem Gesuch zurückgezogen. Es sei für die BRK aber für die Einbürgerung von Herrn Kavakli trotzdem relevant, dass Frau Kavakli und die Kinder kein Deutsch könnten. Die BRK-Mehrheit hatte diese Tatsache zum Schluss, dass Herr Kavakli der Wille fehle, seine Frau und seine Kinder aktiv bei der Integration in die Schweizer Sprachgemeinschaft und damit in die Schweizer Gesellschaft zu unterstützen und zu animieren. Die BRK-Mehrheit stellt darum ein deutliches Fragezeichen auch hinter die Integration von Herrn Kavakli und begründet damit den Antrag auf Ablehnung des Gesuches. Die BRK-Minderheit begründet den Antrag auf Annahme des Gesuches damit dass sowohl die Deutschkenntnisse als auch die Kenntnisse über die Schweiz von Herrn Kavakli genügend seien und es gebe damit keinen rechtlich verbindlichen Grund für eine Ablehnung des Gesuches.

Stellungnahme Stadtpräsident Lothar Ziörjen (BDP):

Es handle sich bei diesem Gesuch um einen speziellen Fall, auch aufgrund der langen Fristen, die vergangen sind. Der Entscheid über das Gesuch liege trotz Wegzug der Familie nach Volketswil beim Gemeinderat Dübendorf, da zwischen dem Gesuchseingang und der Behandlung im Gemeinderat zu viel Zeit vergangen sei bzw. der Bezirksrat habe festgestellt, dass die Gesuchsteller bei einer früheren Behandlung noch in Dübendorf gewohnt hätten. Man habe geprüft, ob neben einer Einzelfallbeurteilung auch ein Rückschluss auf die Integration der gesamten Familie möglich sei. Tatsächlich gebe es eine juristische 50-50-Beurteilung, ob diese Begründung im Falle eines Rechtsmittelverfahrens zulässig sei. Es handle sich damit um eine interessante Fragestellung, da das Verwaltungsgericht es nicht ausschliesse, dass neben der Einzelfallbeurteilung auch die Frage nach der gesamthaften Integration der Familie gestellt werden könne, wenn der Gesuchsteller faktisch durch sein Verhalten verhindere, dass die Familie die deutsche Sprache erlerne.

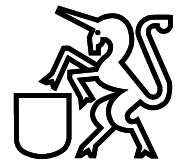
Abstimmung:

Für Antrag SR / BRK:	29 Stimmen
Gegen Antrag SR / BRK:	6 Stimmen

Ablehnungsgrund:

BRK-Präsidentin Valeria Rampone (GEU/glp) verweist auf das Protokoll der BRK vom 28. April 2010, in dem die Gründe für die Ablehnung des Gesuches aufgeführt werden:

„Der Gemeinderat hat der Einbürgerung von Herr Kavakli und seiner Kinder am 6. Juli 2009 nicht zugestimmt, da die Familie nicht mehr in der Gemeinde Dübendorf wohnt. Nachdem der Bezirksrat Herr Kavaklis Rekurs gutgeheissen hat, ist der Gemeinderat Dübendorf nun aufgefordert das Gesuch neu zu prüfen. Die BRK hat daher ein weiteres Gespräch mit Herr Kavakli angesetzt um sein Gesuch sozusagen von Null auf neu beurteilen zu können. In einer ersten Phase war die Ehefrau ebenfalls in das Gesuch eingeschlossen. Bei einem Gespräch mit der ganzen Familie hat die BRK – wie auch seinerzeit der Stadtrat festgestellt, dass die Ehefrau und die beiden kleineren Kinder überhaupt kein Deutsch sprechen. Die BRK-Mehrheit ist sich bewusst, dass die Ehefrau nicht mehr Teil dieses Gesuchs ist. Wir erachten dennoch die Tatsache, dass sie und die nicht schulpflichtigen Kinder weder deutsch sprechen noch verstehen, für relevant in Bezug auf den Integrationswillen von Hasim Kavakli. Es ist in den Augen der BRK ausserordentlich, dass eine Person nach acht Jahren Aufenthalt in der Schweiz die einfachsten Fragen auf Deutsch weder verstehen noch beantworten kann. So werden einfache, alltägliche Handlungen wie zum Beispiel Arztbesuche oder Gespräche mit den Lehrern der Kinder schlichtweg unmöglich. Eine Integration ist damit nicht gegeben. Auf die Kinder haben die fehlenden Deutschkenntnisse zum Zeitpunkt der Einschulung gravierende Folgen in Bezug auf ihre Ausbildung. Das Ziel des Gesprächs war es einerseits, die Gründe für die fehlenden Deutschkenntnisse der Ehefrau und der beiden kleinsten Kinder zu erfahren, und andererseits die Kenntnisse über die Schweiz sowie die Integration im Alltag des Gesuchstellers zu prüfen, da sein Gesuch noch nach



dem alten Einbürgerungsverfahren läuft. Hasim Kavakli wurden unter anderem die folgenden Fragen gestellt (Protokollauszug vom 13. April 2010):

Frage BRK: Warum sprechen Ihre Frau und die beiden jüngsten Kinder kein Deutsch?

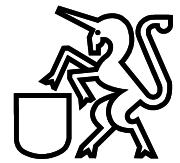
Antwort Hasim Kavakli: Meine Frau hat vier Kinder geboren. Sie hatte wegen der vielen Schwangerschaften und der Betreuung der Kinder keine Zeit Deutsch zu lernen. Sie trägt zwar ein Kopftuch, ist aber nicht dumm und kann innert 2-3 Monaten genügend Deutsch lernen. (...)

Kann Ihre Frau alleine mit den Kindern zum Arzt gehen oder am Gespräch mit dem Lehrer in der Schule teilnehmen?

In Volketswil spielen die beiden Kinder mit den Nachbarskindern und ich habe meinen Kindern einen Fernseher gekauft. So lernen sie auch Deutsch. (...) Ich kümmere mich persönlich um die Arzt- und Schulbesuche meiner Kinder.

Die BRK-Mehrheit zieht folgende Schlüsse aus dem Gespräch mit Hasim Kavakli: Frau Kavakli hätte gemäss den Angaben des Gesuchstellers Deutsch lernen können. Die BRK führte in den letzten zehn Jahren zahlreiche Gespräche mit kinderreichen Familien, wo sowohl die Ehefrau als auch der Ehemann über genügend Deutschkenntnisse verfügten. Auch als Hausfrau und Mutter ist es durchaus möglich die Sprache genügend zu lernen, insbesondere da ansonsten ein selbstständiges Leben in der Schweiz kaum möglich ist, was die Motivation Deutsch zu lernen in der Regel steigert. Nach eigenen Angaben von Herr Kavakli könnte seine Ehefrau in kürzester Zeit genügend Deutsch lernen. Die BRK muss sich daher die Frage stellen, warum dies in den letzten neun Jahren nicht geschehen ist. Hasim Kavakli ist nicht erwerbstätig. Die Familien- und Haushaltspflichten könnten sich auf beide Elternteile aufteilen und so die Arbeitsbelastung für Frau Kavakli verringern. Die BRK-Mehrheit ist der Meinung, dass es der Ehefrau möglich gewesen wäre, genügend Deutsch zu lernen, wenn der Wille dazu vorhanden gewesen wäre. Die BRK-Mehrheit stellt fest, dass Herr Kavakli sich nicht aktiv darum bemüht hat, dass seine Ehefrau und seine Kinder Deutsch lernen. Das ist insbesondere schade, da Herr Kavakli selbst genügend bis gut deutsch spricht. Für die BRK-Mehrheit ist es nicht nachvollziehbar, warum es ihm genügt, dass seine Kinder durch Spielkameraden und Fernsehsendungen Deutsch lernen, und dass er eine Behinderung in der Ausbildung seiner Kinder wegen fehlender Deutschkenntnisse in Kauf nimmt. Die Tatsache, dass Hasim Kavakli unter anderem die Arzt- und Schulbesuche selbst übernimmt, deutet darauf hin, dass seine Ehefrau in der Schweiz kein selbstständiges Leben führt. Der Eindruck der BRK-Mehrheit wird durch den Beschluss des Stadtrates gestützt. In seiner Begründung der Ablehnung des Einbürgerungsverfahrens vom 24.09.2007 hält der Stadtrat wie folgt fest: „Die Bürgerrechtsbewerber wurden zum Staatsbürgerkurs Nr. 6a / 2006 eingeladen. Gemäss Art. 7 Abs. 4 der Bürgerrechtsverordnung der Stadt Dübendorf ist der Besuch dieses Kurses für Gesuchsteller mit Geburtsort im Ausland Voraussetzung für die Erteilung einer Einbürgerungsbewilligung. Die Ehefrau blieb dem Kurs wegen mangelndem Deutsch ganz fern. Der Ehemann absolvierte lediglich 2 Kursabende. Anschliessend an den Kurs, am 14. November 2006, wurden die Bürgerrechtsbewerber an ein Vorstellungsgespräch bei einer Delegation des Stadtrates eingeladen. Wegen mangelnden Deutschkenntnissen der Ehefrau konnte nur der Ehemann befragt werden. Obwohl Herr Kavakli bereits im August 1981 in die Schweiz eingereist ist, sind seine staatsbürgerlichen Kenntnisse ungenügend. Es muss davon ausgegangen werden, dass das Interesse am Geschehen der Schweiz fehlt. Die Delegation des Stadtrates bezweifelt die Integration und beantragt die Ablehnung des Einbürgerungsgesuches.“ Fazit: Aus den oben genannten Gründen folgert die BRK-Mehrheit, dass seitens des Gesuchstellers der Wille fehlt, seine Ehefrau und Kinder aktiv bei ihrer Integration in die Schweizer Sprachgemeinschaft und Gesellschaft zu unterstützen oder sie dazu zu animieren. Somit ist Hasim Kavakli in den Augen der BRK-Mehrheit nicht genügend integriert.“

Zustimmung Ablehnungsgrund:	29 Stimmen
Ablehnung Ablehnungsgrund:	2 Stimmen



**10.2 Jasiqi Sami und das Kind Arbnora, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige, Heugatterstrasse 22a, Dübendorf
Geschäft Nr. 263/2009**

Einbürgerungsgebühr:	Fr. 1450.--
Antrag BRK:	Annahme (5 Ja zu 0 Nein)
Diskussion:	keine
Für Antrag SR / BRK:	24 Stimmen
Gegen Antrag SR / BRK:	7 Stimmen

**10.3 Ivankovic Ruza geb. Bojanic und das Kind Maijana, kroatische Staatsangehörige, Überlandstrasse 245, Dübendorf
Geschäft Nr. 270/2009**

Einbürgerungsgebühr:	Fr. 1900.--
Antrag BRK:	Annahme (5 Ja zu 0 Nein)
Diskussion:	keine
Für Antrag SR / BRK:	26 Stimmen
Gegen Antrag SR / BRK:	4 Stimmen

**10.4 Rasiah Velniruparajah sowie die Kinder Sherome und Sherani, srilankische Staatsangehörige, Zürichstrasse 51, Dübendorf
Geschäft Nr. 271/2009**

Einbürgerungsgebühr:	Fr. 1450.--
Antrag BRK:	Annahme (4 Ja zu 0 Nein)
Diskussion:	keine
Für Antrag SR / BRK:	24 Stimmen
Gegen Antrag SR / BRK:	6 Stimmen

**10.5 Paroti Giuseppe, italienischer Staatsangehöriger, Bühlwiesenstrasse 7, Dübendorf
Geschäft Nr. 274/2009**

Einbürgerungsgebühr:	Fr. 1450.--
Antrag BRK:	Annahme (3 Ja zu 0 Nein)
Diskussion:	keine
Für Antrag SR / BRK:	32 Stimmen
Gegen Antrag SR / BRK:	1 Stimme

**10.6 Saliu Fisnik, mazedonischer Staatsangehöriger, Hallenstrasse 4, Dübendorf
Geschäft Nr. 278/2009**

Einbürgerungsgebühr:	Fr. 1200.--
Antrag BRK:	Annahme (3 Ja zu 0 Nein)
Diskussion:	keine
Für Antrag SR / BRK:	25 Stimmen
Gegen Antrag SR / BRK:	2 Stimmen



**10.7 Radmanovac Zivko, serbisch-montenegrinischer Staatsangehöriger, Untere Zelglistrasse 26, Dübendorf
Geschäft Nr. 281/2010**

Einbürgerungsgebühr:	Fr. 1450.--
Antrag BRK:	Annahme (3 Ja zu 0 Nein)
Diskussion:	keine
Für Antrag SR / BRK:	24 Stimmen
Gegen Antrag SR / BRK:	5 Stimmen

**10.8 Berisha Fehmi und Merita geb. Delijaj sowie die Kinder Erand und Endrit, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige, Im Unterried 4, Dübendorf
Geschäft Nr. 286/2010**

Einbürgerungsgebühr:	Fr. 1900.--
Antrag BRK:	Annahme (5 Ja zu 0 Nein)
Diskussion:	keine
Für Antrag SR / BRK:	25 Stimmen
Gegen Antrag SR / BRK:	5 Stimmen

**10.9 Kalikji Arbresha geb. Bilali, mazedonische Staatsangehörige, Zürichstrasse 127, Dübendorf
Geschäft Nr. 288/2010**

Einbürgerungsgebühr:	Fr. 1450.--
Antrag BRK:	Annahme (5 Ja zu 0 Nein)
Diskussion:	keine
Für Antrag SR / BRK:	23 Stimmen
Gegen Antrag SR / BRK:	6 Stimmen

Einwände:

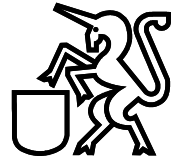
Keine Einwände gegen die Geschäftsführung.

Schluss der Sitzung: 21.10 Uhr

Für die Richtigkeit

Der Sekretär

Marcel Amhof



Eingesehen und für richtig befunden

GEMEINDERAT DÜBENDORF

Patric Crivelli, Ratspräsident

Barbara Schori, Stimmzählerin

Benedikt Stockmann, Stimmzähler

Jacqueline Hofer, Stimmzählerin